



inter
disziplinär

20 Jahre Schulsozialarbeit

Erstmals liefern die BFH und die PHBern umfassende Daten zur Schulsozialarbeit in der Deutschschweiz. Zudem übten Studierende beider Hochschulen die Zusammenarbeit. ▶ 8 und 22



Pandemie und Hochschule

Wie haben sich Lockdown und Fernunterricht auf Lehre, Forschung und Studierendenleben ausgewirkt? ▶ 4 und 7



Departement

- 4 Studieren, unterrichten und forschen – alles auf Distanz
- 7 Studierendenbefragung während des Lockdown
- 8 Kooperation von Schule und Sozialarbeit von Grund auf lernen
- 11 eingetaucht | aufgetaucht: Salvatore Cruceli
- 12 News & Infos
- 13 Soziale Arbeit ist... Gastbeitrag von Sebastian Wörwag

Soziale Intervention

- 14 Über das Schweigen
- 17 Genderreflektierende Offene Jugendarbeit – eine bleibende Herausforderung
- 19 Blick zurück, mit der Zukunft im Sinn: Interview mit Marco Zingaro

Soziale Organisation

- 22 Erfahrungen mit Schulsozialarbeit in der Schweiz
- 25 Aktuelles

Soziale Sicherheit

- 26 «Im wahren Leben funktioniert vieles anders als in der Theorie»
- 30 Aktuelles

Institut Alter

- 31 BEGIN: Mentoring zu beruflicher und gesellschaftlicher Integration
- 33 Ohne Partizipation keine Altersplanung





Prof. Dr. Anna Maria Riedi
 Departementsleiterin Soziale Arbeit
 annamaria.riedi@bfh.ch

Liebe Leserin, lieber Leser

Wir blicken zurück auf ein Hochschulsesemester der ganz eigenen Art, mit unerwarteten Herausforderungen, aber auch sehr vielen Zeichen der Solidarität.

Social Distancing oder Distance Learning prägten in diesem Semester unseren Hochschulalltag. Das Thema Distanz und Nähe ist in der Praxis der Sozialen Arbeit nicht neu. Gemäss dem emeritierten Tübinger Professor für Erziehungswissenschaft und Sozialpädagogik Hans Thiersch beziehen sich Nähe und Distanz auf Zeit, Raum oder soziale Beziehungen. Sie verweisen jeweils aufeinander: «Nähe gelingt, wo auch Distanz gegeben ist, und Distanz, wo sie sich auf Nähe beziehen kann. Diese Balance von Nähe und Distanz im Alltag aber ist nicht selbstverständlich, sie ist immer prekär» (Thiersch, 2019).

Das vergangene Semester hat uns das Prekäre dieser Balance deutlich vor Augen geführt. Situationen, die neue Freiräume und Autonomie brachten, bedeuteten für einige von uns auch tägliches Jonglieren mit neuen beruflichen, sozialen und familiären Herausforderungen.

Die Pandemie mit ihren speziellen Anforderungen an Nähe und Distanz hat auch mein Verhalten als Direktorin geprägt. Sie hat mir viele Videokonferenzen und damit eine steile Lernkurve im digitalen Berufsleben beschert. Im analogen Berufsleben hörte ich mich plötzlich sagen, wir tun dies oder das unter Einhaltung aller Hygiene- und Abstandsregeln.

Wir wissen nicht, wie wir in fünf oder zehn Jahren auf diese Zeit zurückblicken und mit welchen Erzählungen wir sie uns in Erinnerung rufen werden. Für uns als Departement fällt in diese besondere Zeit aber Handfestes: Wir haben festgelegt, was wir in den nächsten vier Jahren erreichen wollen.

Im Frühjahr haben wir uns Strategische Perspektiven für 2020–2024 gegeben. Wir sehen uns verstärkt als Ort der fachlichen Expertise mit Ausstrahlung. Neben Lehre, Weiterbildung und Forschung wollen wir eine offene Plattform des Austauschs und der Begegnung sein und zum führenden Partner für Bildung und soziale Fragen werden. Verpflichtet sind wir dabei der Chancengerechtigkeit und sozialen Wohlfahrt.

Gerne tun wir dies alles zusammen mit unseren Studierenden, aber auch mit Partnerinnen und Partnern aus der Praxis, der Wirtschaft, der öffentlichen Verwaltung und der Wissenschaftsgemeinschaft. Ich freue mich darauf, diesen Weg auch mit Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, zu gehen!

Impressum impuls 3/2020

Herausgeberin: Berner Fachhochschule BFH,
 Departement Soziale Arbeit
Erscheinungsweise: 3× jährlich
Auflage: 8700 Exemplare
Redaktion: Martin Alder, Beatrice Schild,
 Denise Sidler, Oliver Slappnig, Katalin Szabó
Bilder: Robin Schüpbach (1 unten, 5); iStock (15, 23,
 27, 31, 33, 34); Oliver Slappnig (1 oben, 9, 11, 19–21);
 restliche: zVg
Layout: Oliver Slappnig

Druckvorstufe: Lithwork, Niederwangen
Druck: Stämpfli AG, Bern
Copyright: Texte und Bilder sind urheberrechtlich
 geschützt. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
 Genehmigung der Redaktion.
Abo-Service: bfh.ch/soziale-arbeit/impuls

ISSN 1661-9412 (print), ISSN 2624-666X (online)


INSTITUTIONELL AKKREDITIERT NACH
HFKG 2017–2024

swissuniversity

EFQM Member
 Shares what works.

Studieren, unterrichten und forschen – alles auf Distanz

Von einem Tag auf den anderen war alles anders. Rund drei Monate waren unsere Gebäude an der Haller- und an der Schwarztorstrasse in Bern fast menschenleer. Zum Ende des Corona-Lockdown blicken wir zurück: Wie erlebten die Studierenden diese Zeit? Wie reagierten die Lehrpersonen? Wie veränderten sich die Praktika? Und konnte eigentlich geforscht werden?








Mit den Studierenden interagieren

Du möchtest mit deinen Studierenden online interagieren?
Wie kann die Interaktion mit den Studierenden online gelingen? Welche Tools stehen zur Verfügung und was ist zu beachten?

Du möchtest interaktiv mit Grossgruppen arbeiten?

Verschiedene Möglichkeiten, mit Grossgruppen zu arbeiten, sind [hier](#) zu finden (FH St. Pölten). Darin enthalten sind auch einzelne Vorbereitungseinheiten, welche im Distance Learning gestaltet wurden.

Umsetzungsideen für den Transfer von **Methoden in den virtuellen Raum** werden im Folgenden beschrieben. Teilt uns eure Erfahrungen zu den Methoden und deren Umsetzung gerne mit.

-  Aktives Plenum
-  Fishbowl
-  Gruppenpuzzle
-  Inverted classroom / Flipped classroom
-  World Café

Auszug aus den Hilfestellungen für Unterrichtende

Nicht alles neu: Lehre und Corona

Am Freitag, den 13. März 2020 stand fest: Ab Montag kein Präsenzunterricht – nur noch Fernunterricht, sogenanntes Distance Learning. Übers Wochenende waren die Lehrpersonen aller Abteilungen vor die Aufgabe gestellt, ihren Unterricht virtuell auszurichten. Rückblickend ein Moment, der neben Unsicherheit, chaosartigen Zuständen und Mehrfachbelastungen insbesondere viel didaktische Kreativität und grossen Elan freilegte sowie zahlreiche neue Lehr- und Lernerfahrungen ermöglichte.

Tools wie MS Teams, Kaltura, Camtasia, Padlet, Lino oder Miro prägten nun das didaktische Geschehen und den Unterrichtsalltag der Lehrpersonen sowie der Studierenden. Vieles war neu und doch war das Departement Soziale Arbeit gut auf diesen Wechsel vorbereitet. Die über das letzte Jahrzehnt getätigten Investitionen und der schrittweise Aufbau von Expertise im Bereich des digitalen Lehrens und Lernens zahlten sich aus. Ein Teil der Lehrpersonen konnte auf eigene Erfahrungen zurückgreifen. Andere liessen sich von «lessons learned» ihrer Kolleginnen und Kollegen inspirieren. Gleichwohl fuhren die Teams des Ressorts Didaktik mit dem Beginn des Lockdown ihre Support- und Dienstleistungen für Lehrpersonen, Lehrbeauftragte und Studierende des Departements hoch. Auch unser Alltag veränderte sich in den letzten Monaten: didaktischer und technischer Support über MS Teams, Aufbereitung von Hilfestellungen und Anleitungen zum Thema Distance Learning, wöchentliche didaktische Support-Newsletter, regelmässiger virtueller Didaktik-Austausch et cetera.

Auch wenn die letzten Wochen für alle herausfordernd waren und nicht immer alles rund lief: Aus Sicht des Ressorts Didaktik zeichnen sie ein erfreuliches Bild: weitgehend zufriedene Studierende und zahlreiche Lehrpersonen, die sich über das Gelingen ihres Distance Learning freuen und motiviert sind, ihren Kompetenzzuwachs weiter zu nutzen und auszuweiten.

Dr. Judith Studer/Ninja Burgener, Ressort Didaktik



Die Bilder aus leeren Schulhäusern hat BFH-Student Robin Schüpbach im Rahmen einer Fotoreportage zum Lockdown gemacht.



Lockdown-Alltag in der Forschung

Von einem Tag auf den anderen war wegen des Lockdown Forschung in der Praxis nicht mehr möglich. Vier laufende Forschungsprojekte standen plötzlich still. Nichtsdestotrotz: dieser Stillstand musste unerwartet und nicht budgetiert koordiniert werden. Anschliessend folgte ein ambivalenter Homeoffice-Alltag. Einerseits habe ich es genossen, fokussiert an den verbleibenden Themen zu arbeiten. Andererseits fehlten mir die «Ganggespräche» oder ein informeller Austausch bei einem Kaffee. Diese Gelegenheiten machen es sonst leichter, Missverständnisse in Projektarbeiten vorzubeugen oder diese unaufwändig zu klären. Zudem musste ich mich umstellen, während des ganzen Arbeitstages mit denselben vier Personen zusammen zu sein.

Privat entschleunigte sich das Leben zum Teil positiv, da Verabredungen und Vorhaben ins Wasser fielen. Des Weiteren hatte ich wertvolle Begegnungen, weil ich mich vermehrt für Menschen in der Nachbarschaft und im Bekanntenkreis engagierte. Ich kaufte für sie ein, fuhr sie zum Arzt oder rief sie einfach an. Gestört hat mich eher, dass ich gerade zu Beginn des Lockdown mit unterschiedlich sinnvollen Nachrichten in den sozialen Medien überflutet wurde.

Besonders erfreute mich eine Anfrage des SRF für einen Beitrag in «10vor10» zum Thema junge Erwachsene und Ausgang während des Lockdown. Zudem fragten mich Forschungskolleginnen und -kollegen aus Luxemburg und Deutschland an, bei der internationalen Studie «Covid Kids» mitzuarbeiten, in der Kinder und Jugendliche befragt werden, um die Auswirkungen des Lockdown auf ihr Leben ländervergleichend zu erörtern.

Prof. Dr. Emanuela Chiapparini, Dozentin und Forscherin ▶

► Praxisausbildung im Homeoffice?

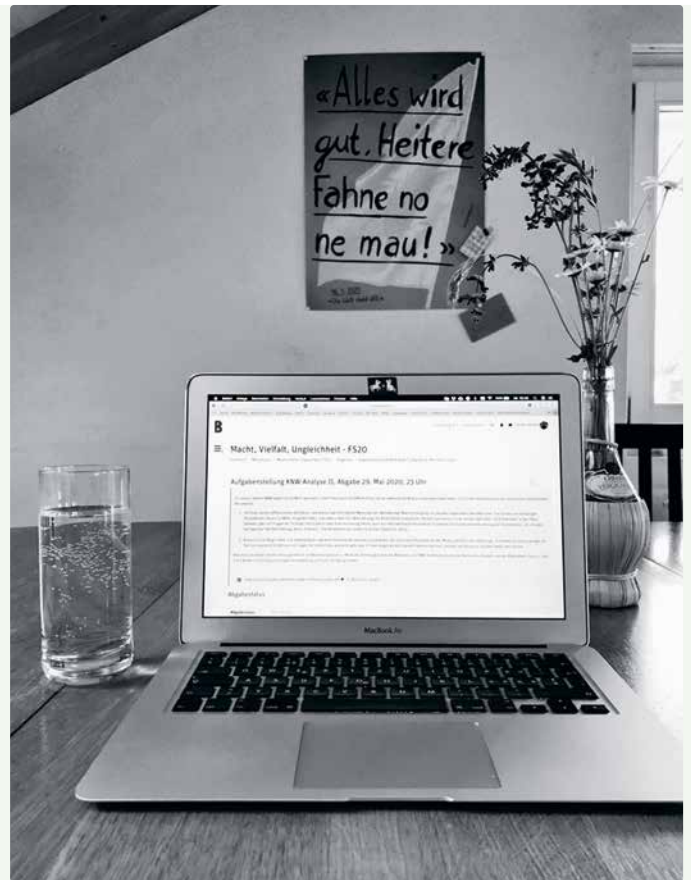
Es war Freitag der 13. März auf dem Nachhauseweg von einem Praxisgespräch als ich die Pressekonferenz des Bundesrats über die Ausweitung der Covid-19 bedingten Massnahmen hörte. Mir dämmerte die Erkenntnis: Die Praxisausbildung im Frühlingssemester 2020 wird unter anderen Vorzeichen stattfinden.

Für die Praxisausbildung stand in der ganzen Zeit der ausserordentlichen Lage und der anschliessenden schrittweisen Öffnung der Abschluss der Praxismodule in den sozialen Organisationen trotz der ergriffenen Massnahmen an erster Stelle. Vom Homeoffice aus unterstützten wir vom Ressort Praxisausbildung alle unsere Praxisorganisationen, Studierenden sowie unsere Kolleginnen und Kollegen am Departement so gut wie möglich. Dies hiess vor allem, angepasste Rahmenbedingungen für die Praxisausbildung zu entwerfen. Durch die Pandemielage konnten Organisationen ihre Angebote teilweise nicht mehr, nur noch in reduzierter oder veränderter Form anbieten. Das wirkte sich direkt auf die Ausbildungssituation, den Kompetenzerwerb und die Lernziele unserer Studierenden aus. Das übergeordnete Ziel unserer Bemühungen war, trotz Einschränkungen laufende Praxismodule bestmöglich in qualifizierender Form abzuschliessen. Mit kulanten Lösungen der Hochschule, viel Engagement der Praxisorganisationen und dank des Ideenreichtums unserer Studierenden sind aussergewöhnliche Möglichkeiten und nicht erwartete Lernfelder entstanden, die im Normalbetrieb wohl ausgeblieben wären. Es ist auch Dankbarkeit, die ich verspüre, in dieser aussergewöhnlichen Zeit mit so vielen engagierten Personen und Organisationen zusammengearbeitet zu haben.

Caroline Pulver, Leiterin Ressort Praxisausbildung

Studieren auf Distanz, gemischte Erfahrungen aus erster Hand

Bald geht ein Semester zu Ende, welches niemand so voraussehen konnte. Die Erfahrungen sind genauso individuell, wie das zugehörige Homeoffice. Die Studierendenorganisation am Departement, «Solibri», hat, mittels eines Padlets Ende April sowie persönlicher Rückmeldungen aus dem Freundeskreis, Stimmungsbilder der Studierenden dazu gesammelt. Der Grundtenor: Das uns auferlegte Distance Learning war oft herausfordernd. Sei es aufgrund fehlender räumlicher Trennung in Wohngemeinschaften und Familien oder aufgrund von Jobs oder Betreuungspflichten im Homeoffice. Auch deshalb waren oft die Präsenzpflichten während der Vorlesungen unbeliebt, weshalb vermehrt gewünscht wurde, Vorlesungen aufgezeichnet zugänglich zu machen. Hinzu kam, dass es mit der Materialmenge pro Veranstaltungs-



einheit teilweise gut gemeint war. Online blieb laut Rückmeldungen bei vielen oft weniger Inhalt hängen als im Kontaktunterricht, nicht zuletzt will auch Selbstdisziplin gelernt sein ... Was hier half, war eine kreative, interaktive Gestaltung der Vorlesungen. Weiter wurden die Dozierenden, welche regelmässig online mit uns in Kontakt blieben, sehr geschätzt.

Einen grossen Dank aussprechen möchten wir dem Bibliotheksteam, welches alles getan hat, um uns mit Material zu versorgen. Auch die offizielle Kommunikation der Studierendenadministration war jeweils schnell und transparent. Bei vielen Thesis-Schreibern herrschte anfänglich Verunsicherung, sie konnten aber nach Gesprächen und dank Kulanz der Studiengangsleitung aufatmen. Zudem war das Entgegenkommen bei Prüfungen und Kompetenznachweisen für uns eine grosse Erleichterung. Wir alle freuen uns nun wieder auf die «rechte» Fachhochschule, die Studis und Dozierenden. Gerade unser Studiengang lebt vom stetigen Austausch! Kurz: Distance Learning ist eine Erfahrung, die gemacht werden musste und eine Herausforderung, die allen Seiten viel Energie gekostet hat. Lernen wir das Beste daraus!

Carmen Tanner/Lukas Falb, Studierende

Studierendenbefragung während des Lockdown



René Rüegg
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
rene.rueegg@bfh.ch

Welchen Einfluss hatten die Massnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie auf Studierende? Dies untersucht eine internationale Studie, an der sich die BFH unter der Leitung des Departements Soziale Arbeit beteiligt. Die Studie wird die Auswirkungen auf Leben, Gesundheit und Wohlbefinden der Studierenden international und national vergleichend aufzeigen.

Im März 2020 veränderte sich das Leben von Tausenden Studentinnen und Studenten der BFH abrupt: Bibliotheken, Mensen und Hörsäle blieben von einem Tag zum anderen geschlossen. Auch das weitere Rahmenprogramm der Fachhochschule, ebenfalls Bestandteil des Studierendenlebens, kam grösstenteils zum Stillstand. Das persönliche kurze Gespräch mit der Lehrperson nach der Vorlesung oder das spontane Schwätzchen mit Kolleginnen und Kollegen in der Pause waren nicht mehr in gewohnter Weise möglich.

Hochschulen aus 26 Ländern beteiligt

Vor diesem Hintergrund lancierte das Zentrum für Bevölkerungs- und Familiengesundheit der Universität Antwerpen (Belgien) eine internationale Studie mit dem Ziel, die Auswirkungen der Pandemie auf das Wohlbefinden der Studierenden zu erheben. Die BFH hat zusammen mit den Universitäten Bern, Genf, Fribourg und weiteren mehrheitlich europäischen Universitäten aus 26 Ländern an der Studie teilgenommen.

Mit der Studie wurden Daten erhoben, die über die Veränderungen der Lebensumstände, der Arbeitslast sowie der physischen und psychischen Gesundheit während der Pandemie Aufschluss geben sollen. Des Weiteren wird untersucht, inwiefern schützende und verstärkende Faktoren, wie beispielsweise das Wissen über das Virus, Gesundheitskompetenz oder sozialer Support und unterstützende Angebote der Hochschule, negative Effekte dämpfen können.

Untersuchungsinteresse der BFH

Für die BFH ist von besonderem Interesse, inwiefern sich die Auswirkungen auf die Studierenden zwischen den Schweizer Hochschulen und den verschiedenen BFH-Studiengängen unterschieden. Die vom Departement aktuell vorgenommenen Analysen werden aufzeigen, inwiefern sich die Belastungen zwischen Studiengängen oder Studierendengruppen unterschieden und welche Studierende mit den Auswirkungen mehr und welche weniger Mühe hatten. Die Analysen sollen auch Hinweise

Die vom Departement vorgenommenen Analysen werden aufzeigen, inwiefern sich die Belastungen zwischen Studiengängen oder Studierendengruppen unterschieden und welche Studierende mit den Auswirkungen mehr und welche weniger Mühe hatten.

geben, welche Ressourcen für eine gute Bewältigung der neuen Studiensituation besonders hilfreich waren.

Die Studienergebnisse der BFH werden voraussichtlich im Oktober vorliegen. Sie sollen der Fachhochschulleitung nicht nur aufzeigen, wie gut sich die Studierenden der Situation anpassen konnten, sondern auch eine Grundlage bieten, um allfällig notwendige Unterstützungsmassnahmen für gewisse Studierendengruppen zu beschliessen.

Erste Ergebnisse aus Belgien liegen vor

Wie erwähnt ist die Studie international ausgerichtet. Im Laufe der kommenden Wochen werden diverse Ergebnisse aus den beteiligten Staaten erwartet. Bei Redaktionsschluss waren bereits die Resultate aus Belgien bekannt.

Das belgische Forschungsteam stellte fest, dass als Folge der dortigen Massnahmen gegen die Pandemie die Zahl der Studierenden mit finanziellen Problemen stark angestiegen ist. Gleichzeitig haben Alkoholkonsum, Rauschtrinken und exzessives Raucherverhalten in Belgien abgenommen (van der Velde, 2020). ■

Literatur:

- van der Velde, Sarah; Buffel, Veerle; Wouters, Edwin & Van Hal, Guido. (2020): *COVID-19 International Student Well-being Study. First results from Belgium*. Abgerufen von <https://zenodo.org/record/3873558#.XuDwbEUzbiU>

Kooperation von Schule und Schulsozialarbeit von Grund auf lernen



Stephanie Disler
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
stephanie.disler@bfh.ch

Erstmals fand im vergangenen Semester eine gemeinsame Studienwoche des BFH-Bachelor-Studiengangs Soziale Arbeit mit dem Institut Sekundarstufe 1 der Pädagogischen Hochschule Bern (PHBern) statt. Die Studierenden beider Hochschulen setzten sich mit den Herausforderungen gelingender Kooperation auseinander. Dies bot Gelegenheit, die unterschiedlichen professionellen Stärken zu erkennen.

Lia (14 Jahre) fehlt oft in der Schule, in letzter Zeit häufiger auch unentschuldigt. Von Simon (15 Jahre) ist bekannt, dass seine familiäre Situation schwierig ist. Seit ein paar Monaten nehmen seine schulischen Leistungen kontinuierlich ab. Auch um Brendona macht sich die Klassenlehrerin der 8. Klasse der Schule Sigrisdörfli Sorgen: Die 16-Jährige bricht im Unterricht immer öfter in Tränen aus.

«Wer kümmert sich um ...? Schule und Schulsozialarbeit in Kooperation» hiess die gemeinsame Studienwoche der beiden Hochschulen. Die erfundenen aber alltagsnahen Schicksale der Jugendlichen lagen dabei in den Händen der Studierenden. Sie konnten üben, wie sich die Kooperation zwischen den beiden Professionen konkret ausgestaltet, wo deren Mehrwert liegt und welche Herausforderungen sich stellen.

Die Woche wurde von Prof. Dr. Adrian Baumgartner (PH Bern) und Stephanie Disler (BFH) ausgearbeitet und durchgeführt. Sie startete mit Inputs zur Sozialen Arbeit

und zum Lehrberuf. Es folgte eine theoretische Einführung durch Prof. Dr. Emanuela Chiapparini (BFH) ins Thema Kooperation von Schule und Sozialer Arbeit. Daraufhin widmeten sich die Studierenden in gemischten Gruppen intensiv den Fallbeispielen der fiktiven Schule Sigrisdörfli.

Gemeinsam am Fall arbeiten

Im Fall Lia kamen die Studierenden überein, dass die Jugendliche von Mobbing betroffen sein könnte, was sich im direkten Gespräch mit ihr bestätigte. Dieses wurde, wie alle Gesprächssituationen, von Mitarbeitenden der PH Bern nachgestellt. Nun mussten die angehenden Sozialarbeitenden und Lehrkräfte die Frage verhandeln, wer welche Rolle in der Bearbeitung der Situation übernehmen sollte.

Es zeigte sich exemplarisch, wie vorteilhaft die Zusammenarbeit für Lia sein kann: Im Gespräch mit dem strengen und wenig verständnisvollen Vater von Lia ►



«Lehrpersonen sind für uns eine grosse Ressource»

«Durch den regen Austausch in unserer interdisziplinären Gruppe wuchs das Verständnis für die jeweils andere Profession. Wir arbeiteten gut zusammen und handelten Ziele sowie Zuständigkeiten gemeinsam aus. Mir wurde klar, dass Lehrpersonen für Schulsozialarbeitende eine wichtige Ressource sind, da sie bestehende Beziehungen zu den Schülerinnen und Schülern haben und diese gut kennen. Jedoch wissen die Lehrpersonen oft nicht, was die Schulsozialarbeitenden überhaupt machen oder was ihre Möglichkeiten sind. Aus der gemeinsamen Studienwoche nehme ich mit, dass es Aufgabe der Schulsozialarbeit ist, auf die Lehrpersonen zuzugehen, um sich und das Angebot vorzustellen. Zusätzlich ist es hilfreich, wenn sich Schulsozialarbeitende immer wieder im Kollegium zeigen, um Beziehungen zu den Lehrpersonen zu knüpfen und Vertrauen aufzubauen.»

Sabine Jutzi, Studentin Soziale Arbeit



Start in die gemeinsame Studienwoche



Studierende im konfrontativen (Trainings-)Gespräch



«Wir hatten Gelegenheit uns vertieft mit der Aufgabenteilung zu beschäftigen»

«Es war eine gelungene Studienwoche. Vor allem den Aspekt der Transparenz nehme ich für die Arbeit in der Praxis mit: Es ist wichtig, dass man in Gesprächen immer offen kommuniziert, um sich über die gegenseitigen Erwartungen klar zu werden. Wir hatten dank der Studienwoche Gelegenheit, uns sehr vertieft mit der Aufgabenteilung unter Lehrpersonen und Schulsozialarbeitenden auseinanderzusetzen. Dennoch ist es für mich weiterhin schwierig, die genauen Grenzen der Zuständigkeiten zu sehen. Das unterstreicht, wie wichtig die gegenseitige Erwartungsklä rung ist. Ebenfalls spannend war der Austausch mit den Studierenden der PH, weil wir dadurch Einblick in ihr Verständnis von Schulsozialarbeit erhalten haben. Dies erlaubt, die Kooperation besser zu gestalten.»

Sophia Listemann, Studentin Soziale Arbeit

- ▶ konnte die Lehrperson darlegen, wie wichtig ein gutes Lernklima sei, während die Schulsozialarbeiterin die Bedeutung von Peers im Jugendalter erörterte.

Fachwissen zu Recht, Familie, Armut und Sucht war im Fall Simon von den Studierenden der Sozialen Arbeit gefragt. Zum umfassenden Verständnis der Situation des Jugendlichen trugen die angehenden Lehrkräfte bei, da sie Schulnoten, Beobachtungen zu Lernverhalten und Entwicklung des Jungen einordnen konnten. Erst das Zusammenbringen des gemeinsamen Wissens erlaubte es den angehenden Fachkräften, ein Vorgehen zu erarbeiten.

Sich Wissen zu selbstverletzendem Verhalten anzueignen und damit aus der Perspektive der Lehrperson und Schulsozialarbeit einen Umgang zu finden, war schliesslich im Fall Brendona gefordert. Im Austausch mit der Jugendlichen erhärtete sich der Verdacht, dass Brendona von häuslicher Gewalt betroffen ist. Im anschliessenden konfrontativen Gespräch mit ihrem Vater waren die Gesprächsführungskompetenzen der ange-

henden Fachpersonen Soziale Arbeit von ebenso grossem Wert wie ihre Kenntnisse im Bereich Kinderschutz.

Schulsozialarbeit funktioniert nur kooperativ

Die gemischten Gruppen und Rollenspiele ermöglichen es den Studierenden ihr jeweiliges Fachwissen anzuwenden. Gleichzeitig konnten sie sich ein Bild machen, was die anderen angehenden Fachkräfte beitragen können, um eine konkrete soziale Herausforderung im Umfeld Schule gemeinsam zu bewältigen. Dabei erfahren angehende Lehrpersonen und Sozialarbeitende, wie zielführend ein gemeinsames Vorgehen sein kann. Allerdings zeigte sich auch, dass Zuständigkeit und Auftrag für die involvierten Fachpersonen der beiden Professionen nicht immer eindeutig sind. Die Herausforderungen der Kooperation liegen im Detail und bedürfen, trotz Konzepten und Leitfäden, auch individueller Lösungen und Umgangsweisen in den einzelnen Schulen.

Aufgabe der Schulsozialarbeit ist es, Kinder und Jugendliche während der Schulzeit in ihrem Aufwachen zu unterstützen, sie bei sozialen Herausforderungen zu begleiten, deren Integration in die Schule zu fördern und die Entwicklung der Schule zu unterstützen (Avenir Social & SchulsozialarbeiterInnen-Verband SSAV, 2010; Ziegele & Gschwind, 2013). Eine gute Kooperation mit der Schule unterstützt die Schulsozialarbeit in ihrem Auftrag.

In der Praxis ist diese Kooperation jedoch eine grosse Herausforderung und es gelingt nicht immer, dass Schülerinnen und Schüler davon profitieren. Diesem Umstand Rechnung tragend, entstand die Idee, den Studierenden der PH und der Fachhochschule die Möglichkeit zu geben, sich bereits in ihrem Studium theoretisch und praktisch mit Fragen zu gelingender Kooperation auseinanderzusetzen.

Format mit Zukunft

Von der gemeinsamen Studienwoche profitierten die angehenden Fachpersonen beider Berufsgruppen. Die künftigen Lehrpersonen erfuhren, über welches Fachwissen und welche Kompetenzen Professionelle der Sozialen Arbeit verfügen. Sie lernten auch andere Angebote im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe kennen und realisierten dabei, wie vielfältig Soziale Arbeit sein kann. Den angehenden Schulsozialarbeitenden ihrerseits wurde bewusst, dass sich angehende Lehrpersonen mit weit mehr auseinandersetzen als mit den Unterrichtsfächern. Beide konnten anhand der Fallarbeit feststellen, wie gut sich die jeweiligen Kompetenzen ergänzen, was das gegenseitige Verständnis gestärkt hat. ■

Literatur:

- Avenir Social & SchulsozialarbeiterInnen-Verband SSAV. (2010). *Qualitätsrichtlinien für die Schulsozialarbeit*. Bern.
- Ziegele, U. & Gschwind, K. (2013). Schulsozialarbeit. In A. M. Riedi, M. Zwilling, M. Meier Kressig, P. Benz Bartoletta & D. Aebi Zindel (Hrsg.), *Handbuch Sozialwesen Schweiz* (S. 319–325). Bern: Haupt.

Systemisch-konstruktivistische Arbeitsprinzipien

Prof. Salvatore Cruceli, Dozent

In meiner professionellen Tätigkeit bin ich abwechselnd, manchmal auch gleichzeitig, Dozent, Berater, Coach und Supervisor. Dies geht mit dem Anspruch einher, methodisches Handeln jederzeit theoretisch und ethisch begründen zu können. Gleichzeitig will ich als Person erleb- und wahrnehmbar sein. So verstehe ich die von Carl Rogers postulierte Beratungsvariable «Kongruenz», so kann ich kreativ und flexibel aus dem Vollen schöpfen. Wie ich dabei über (soziale) Wirklichkeit und über Modalitäten des (Zusammen-)Lebens denke, ist entscheidend dafür, wie ich als Sozialarbeiter handle. Entsprechend ermutige ich Studierende, besonders wenn sie sich mit abstrakten Theorien beschäftigen, immer auch über persönliche Motive, Werte, Menschen- und Weltbilder nachzudenken und, darauf aufbauend, die eigenen theoretischen und methodischen Vorlieben auszuloten. Auf diesem Weg bildet sich nach meinem Verständnis eine kohärente und gleichzeitig erfüllende professionelle Identität als Sozialarbeiterin oder Sozialarbeiter.

Im Laufe der Jahre entwickelte ich eine Affinität zu systemisch-konstruktivistischem Denken. Bald beschäftigte ich mich intensiv mit der Frage, wie solches sich in Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit integrieren lässt. Natürlich gibt es dazu eine Menge Fachliteratur, doch bemerkte ich bald, dass mein Wissensdurst dadurch nicht gelöscht war und wichtige Fragen unbeantwortet blieben.

Das sollte sich ändern. 2015 besuchte ich am Syst-Institut in München die dreiwöchige Ausbildung «Systemisches Denken». In diesem Rahmen konnte ich abstrakte philosophische Ideen mit meinen Fragen in Verbindung bringen. Wie ist die Welt beschaffen? Wie kann ich die Wirklichkeit erkennen? Welchen Stellenwert hat dabei mein Bewusstsein? Ich vertiefte mich in zeitgenössische Ideen und Begriffe der Philosophie, Logik und Zeichentheorie. Ich beschäftigte mich mit «Zirkularität», «Paradoxie», «Selbstreferenz», «Kybernetik», «Perspektive», «Viabilität» und «Kontin-

eingetaucht – aufgetaucht

Wer forscht zu welchem Thema am Departement? Ob Dissertation, Nationalfonds oder Master-Thesis: Jenseits von Fachbegriffen schreiben in dieser Reihe Lehrpersonen und Nachwuchs, was am eigenen Projekt bewegt, ins Stolpern oder einen Schritt weiterbringt.

Salvatore Cruceli studierte an der Uni Freiburg Sozialarbeit, war danach 15 Jahre in der Praxis der Sozialen Arbeit und als Supervisor tätig. Seit 2007 ist er Dozent an der BFH. In einem Herzensprojekt promoviert er seit 2016 an der Ludwig-Maximilian-Universität in München im Fach Philosophie. Ausgangspunkt dazu war eine Reihe, in der er Lehrpersonen mit systemischem Hintergrund interviewte (Cruceli, 2014). Er lebt mit seiner Familie im Kanton Freiburg.

genz». Nun konnte ich einordnen, warum es prinzipiell unmöglich ist, die Welt zu erfassen, «wie sie ist». Denn wir konstruieren die Wirklichkeit laufend anhand unserer mentalen Kategorien. Die sich ständig verändernde Welt kann dabei anhand der (notwendigerweise starren) Begriffe der Alltags- und Wissenschaftssprache höchstens angedeutet werden. In Anlehnung an Heinz von Foerster (2014) lernte ich mich vom traditionellen Wissenschaftsverständnis abzugrenzen, wonach die Welt aus einer unbeteiligten «Gucklochperspektive» analysiert wird und traf die Entscheidung, mich als «Teil der Welt» zu verstehen. Die so entstehende Interaktion mit der Wirklichkeit führt notwendigerweise immer zu Veränderungen eben dieser Wirklichkeit, was mich wiederum zwingt, meine Interaktion immer wieder neu anzupassen. Die theoretische, methodische und ethische Tragweite eines solchen (Selbst-)Verständnisses ist für die Soziale Arbeit als Wissenschaft und Disziplin enorm.

Innerlich bewegt, ja erschüttert, entschied ich mich noch während der Weiterbildung den zuständigen Dozierenden, Prof. Dr. Varga von Kibéd, anzufragen, ob er bereit wäre, mich als Doktorvater in einem Dissertationsprojekt zu begleiten. Zu meiner Freude sagte er zu! ■

Literatur:

- Abplanalp, Esther; Cruceli, Salvatore; Disler, Stephanie; Pulver, Caroline & Zwilling, Michael. (2020). *Beraten in der Sozialen Arbeit. Eine Verortung zentraler Beratungsanforderungen*. Bern: Haupt.
- Cruceli, Salvatore. (2014). *Zugänge zur Systemtheorie. Fünf Portraits*. Bern: Edition Soziothek.
- Von Foerster, Heinz & Bröcker, Monika. (2014). *Teil der Welt. Fraktale einer Ethik – oder: Heinz von Foerstertanz mit der Welt*. (3., unveränd. Aufl.). Heidelberg: Carl-Auer.

«Meine Interaktion mit der Wirklichkeit führt immer zu Veränderungen eben dieser Wirklichkeit, was mich zwingt, meine Interaktion immer wieder anzupassen.»

Neue Mitarbeitende



Claudio Domenig

Was ich mag: freundliche Ehrlichkeit, Gitarre, alte Bäume

Was ich nicht mag: Geläster, Schnupfen, Cervelat

Claudio Domenig ist seit August 2020 Dozent für Kindes- und Erwachsenenschutz am Departement Soziale Arbeit. Er studierte Rechtswissenschaft an der Universität Bern, wo er auch als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig war. An der BFH absolvierte er zudem eine Mediationsausbildung. Nach seinem Doktorat arbeitete er während fünf Jahren bei einer Jugendanwaltschaft und seit 2013 in leitender Funktion bei einer Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde.



Marie-Hélène Greusing

Was ich mag: Lamas, Zeichnen, die arabische Sprache, wandern und biwakieren

Was ich nicht mag: Entscheidungen treffen, Schlangen und Schnecken, die meine Pflanzen fressen

Seit Anfang April arbeitet Marie Greusing als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut Alter. Nach einem Bachelor in Sozialanthropologie und Geschichte (Universität Bern) absolvierte sie einen interdisziplinären Master in Sozialwissenschaften mit Schwerpunkt «Migration et Citoyenneté» an der Universität Neuenburg. Zwischen, während und nach dem Studium arbeitete sie im Asyl- und Migrationsbereich sowie bei Caritas Schweiz im Bereich sozialpolitische Grundlagen.

Die BFH – bald Ihre Arbeitgeberin?
Interessante Jobs finden Sie
unter bfh.ch/karriere

Veranstaltungen

Kick-off-Veranstaltung zum Mentoring-Programm

Für Berufsleute und Studierende in der Abschlussphase
27. Oktober 2020, ab 18.15 Uhr
Informationen unter bfh.ch/soziale-arbeit/mentoring

Tagung Forschendes Lernen

Für Hochschulangehörige, die das Potenzial des Forschenden Lernens als hochschuldidaktisches Konzept diskutieren möchten
27./28. November 2020
Informationen unter bfh.ch/soziale-arbeit/forschendeslernen

Weitere Veranstaltungshinweise finden Sie im Heftinnern.

Edition Soziothek

Die Edition Soziothek publiziert sozialwissenschaftliche Studien, Forschungsarbeiten sowie Bachelor- und Master-Thesen, die als «sehr gut» oder «hervorragend» beurteilt wurden. Die meisten Publikationen stehen zum kostenlosen Download zur Verfügung.

soziothek.ch

Edition **Soziothek** 

Master in Sozialer Arbeit

Qualifizieren Sie sich für anspruchsvolle Aufgaben in Praxis, Forschung und Lehre. Der Master in Sozialer Arbeit bietet neue Perspektiven für Fachleute der Sozialen Arbeit. Besuchen Sie unsere Infoveranstaltung in Bern:

- Mittwoch, 16. September 2020
- Mittwoch, 21. Oktober 2020
- Dienstag, 17. November 2020
- Montag, 14. Dezember 2020
- Mittwoch, 13. Januar 2021

Jeweils von 12–13 Uhr sowie von 18.15–19.15 Uhr

Anmeldung und weitere Informationen auf der ganz neuen Website masterinsozialerarbeit.ch

**MASTER
IN SOZIALER
ARBEIT**

BERN
LUZERN
ST.GALLEN

Alumni

Werden Sie Mitglied im Verein Alumni BFH Soziale Arbeit und wir laden Sie zu interessanten Veranstaltungen ein.

alumni-sozialerarbeit.bfh.ch

Alumni BFH

Soziale Arbeit

Newsletter

Verkürzen Sie sich die Zeit zwischen den «impuls»-Ausgaben und abonnieren Sie unseren Newsletter. Der Newsdienst richtet sich an alle thematisch Interessierten, an ehemalige und aktive Studierende, an Medienschaffende und Praxispartner.

Unter bfh.ch/soziale-arbeit/newsletter können Sie den Dienst abonnieren.

Soziale Arbeit ist...

von Sebastian Wörwag



Seit 1. September ist **Prof. Dr. Sebastian Wörwag** Rektor der BFH. Zuvor leitete er während 16 Jahren die Fachhochschule St. Gallen. Sein Vorgänger Dr. Herbert Binggeli trat Ende Juni in den Ruhestand.

Ist es nicht manchmal so wie im Fussball? Dabei sein wollen die meisten, laufen aber die wenigsten. Das trifft auch für viele Gesellschaften zu. Aus sicherer Distanz beurteilen: ja – machen sollen aber die anderen. Gesellschaftliche Aushandlung wird damit zur Interessenpolitik weniger. «Ungesellig» wird eine Gesellschaft aber insbesondere dann, wenn Ungleichheit Menschen daran hindert, an gesellschaftlicher Aushandlung teilzunehmen. Im Beispiel des Fussballs sind das die Spielerinnen oder Spieler, die vom Spielfeld ausgeschlossen sind – also diejenigen, die noch nicht einmal auf der Ersatzbank sitzen, sondern in der Umkleidekabine auf das Spielergebnis warten. Das sind die Hinterbühnen der Gesellschaft. Auf der Hinterbühne gibt es nicht viel zu tun, schon gar nicht Tore zu schiessen. Auch der Jubel hält sich in Grenzen.

Unsere Gesellschaft hat die Aufgabe, diese Menschen wieder ins Spiel zu bringen. Das hat sie unter anderem an soziale Institutionen delegiert. Unterstützung ist wichtig, doch kann sie ins Gönnerhafte kippen, wenn man mehrheitlich über deren Kosten und nicht über deren Wert diskutiert. Daraus konstituieren und verfestigen sich gesellschaftliche Asymmetrien, zum Beispiel zwischen Gebenden und Nehmenden, zwischen denen auf dem Spielfeld und denen daneben. Für viele scheint das Problem gelöst, wenn jene am Spielrand gut versorgt und wenig sichtbar sind – ist es aber nicht. Nur auf dem Spielfeld entstehen Talente. Auch die Soziale Arbeit kann nur auf dem Spielfeld selbst zur Spielmacherin gesellschaftlicher Anliegen werden. Das Spielfeld des

Sozialen ist die Gesellschaft, so wie es der lateinische Ursprung «socialis» meint. In diesem Spiel geht es um nichts weniger als das «bonum commune», also das für das Wohl der Gesellschaft Beste. Die Soziale Arbeit übernimmt dabei für jene, die vom Spielfeld der Aushandlung ausgeschlossen sind, nicht nur eine unterstützende, sondern auch eine vertretende Funktion. Es geht also nicht nur darum, sich um jene Menschen zu kümmern, die unter erhöhten Ausschlussrisiken von wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Teilhabe leiden, sondern diese Menschen im gesellschaftlichen Diskurs zu vertreten. Es geht darum, das gesellschaftliche Spielfeld für möglichst viele offen zu halten.

Wie bedeutsam dieses gesellschaftliche Spielfeld ist, zeigte sich gerade in den vergangenen Monaten: Viele Menschen haben in der Corona-Pandemie sozusagen über Nacht ihre Spiellizenz verloren. In schmerzlicher Erfahrung sind sie auf die gesellschaftliche Hinterbühne gerutscht. Individuell und kollektiv wurde uns deutlich, wie verletzlich unsere Gesellschaft ist, wie es letztlich alle treffen kann, wie klein doch das Spielfeld plötzlich werden kann. Auch für jene, die gerade noch inmitten der Gesellschaft standen. Im Angesicht des Virus sind wir plötzlich alle gleich betroffen. Hier sind nun plötzlich urgesellschaftliche Werte gefragt: Gemeinschaftsinn, Solidarität, Eigen- und Mitverantwortung sowie Rücksichtnahme. Teil sein, Teilhabe, Teilnahme und Anteilnahme haben wieder mehr Bedeutung erlangt. So schmerzlich Covid-19 sich auf individueller Ebene ausgewirkt haben mag, auf kollektiver Ebene ist es auch eine Chance und eine Gelegenheit, vielleicht auch für einen gesellschaftlichen Wertediskurs. In diesem Wertediskurs müssen alle vertreten sein, auch die Soziale Arbeit mit den durch sie vertretenen Menschen. In der aktuellen Diskussion, wer denn als «systemrelevant» zu gelten hat, dürfen wir aus gesellschaftlicher Perspektive niemanden ausschliessen. Die Soziale Arbeit hat hierbei die Aufgabe, sich als Akteurin aktiv und gestaltend in relevante gesellschaftspolitische Debatten einzubringen. Es ist an ihr, die Diskussion zu prägen, welche Gesellschaft wir wollen und was uns Werte wie Inklusion und Teilhabe bedeuten. Und die Soziale Arbeit hat hierzu, bei allen medizinischen, politischen und ökonomischen Deutungsansprüchen, viel zu sagen. Wir alle sind soziale Wesen und brauchen – ohne Ausnahmen – das Gemeinsame. An der Aushandlung, welche gesellschaftlichen Werte wir uns nicht nur leisten wollen, sondern welche uns wertvoll sind, sollen alle teilhaben können. Teilhabe bedeutet hier auch Teilnahme. Unreflektiertes Geschehenlassen und Zurückkehren zu bekannten Normalitäten wären eine verpasste Chance. Oder anders gesagt: Damit alle dabei sein können, müssen alle aufs Spielfeld, denn ein Fussballspiel wird auf dem Spielfeld und nicht in der Umkleidekabine gewonnen. ■

Über das Schweigen



Prof. Dr. Andrea Abraham
Dozentin
andrea.abraham@bfh.ch



Nadine Gautschi
Doktorandin
nadine.gautschi@bfh.ch

Zehntausende Kinder und Jugendliche wurden in der Schweiz bis 1981 ohne rechtliche Grundlagen und Verfahren in Familien und Institutionen fremdplatziert. Im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms «Fürsorge und Zwang» (NFP 76) geht die BFH der Frage nach, wie sich diese Fremdplatzierungen auf die nachfolgenden Generationen auswirken.

Die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 galten in der Schweiz lange als Tabuthema. Erst seitdem sich im Jahr 2013 Simonetta Sommaruga im Namen des Bundesrates für das grosse Leid der Betroffenen offiziell entschuldigt hat, wird diese jahrzehntelange Praxis gesellschaftlich vermehrt diskutiert. Solidaritätsbeiträge werden gesprochen, Betroffene verfassen Autobiografien, Dokumentar- und Spielfilme werden gedreht. Die Thematik wird medial beleuchtet und zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bearbeiten die Zusammenhänge und Auswirkungen der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen.

Nun wird ein weiterer Diskurs eröffnet: Wie manifestieren sich die meist traumatischen Kindheiten der Betroffenen im Leben ihrer Nachkommen? Welche Bewältigungsversuche lassen sich in der nachkommenden Generation erkennen? Und was kann aus ihren Geschichten für die Gegenwart und Zukunft von Fremdplatzierungen gelernt werden? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des Projekts. In den vergangenen Monaten fanden die ersten 15 Interviews statt. Was sind die Themen solcher Gespräche? Was uns immer wieder begegnet ist: das Schweigen betroffener Eltern zu ihren Fremdplatzierungen. So hörten wir in unseren bisherigen Gesprächen ...

... von der Mutter, die über ihre Kindheit schweigt, um ihre Familie zu schonen.

... von der Mutter, die aus Scham nichts über ihre Kindheit erzählt.

... von der Tochter, die von der Kindheit ihrer Mutter nichts wissen will.

... vom Vater, der sich von seinen Kindern abwendet, um nicht von seiner Kindheit sprechen zu müssen.

Wie komplex die Ausprägungen und Auswirkungen des Schweigens sein können, zeigen die Geschichten von Andra und Helen. Beide sind Töchter von ehemals fremdplatzierten Müttern.

Zwei Familien – zwei Geschichten des Schweigens Andra

Über die Kindheit ihrer inzwischen verstorbenen Mutter weiss Andra bis heute nur wenig, vieles vermutet sie oder glaubt sie zu wissen. Die spärlichen Informationen erhielt sie fast ausschliesslich von einer Verwandten. Als ihre Mutter starb, hinterliess sie Andra eine Kiste voller ungeordneter Fotos, ein Sinnbild für Andras Wissen über die tabuisierte Kindheit ihrer Mutter. Was Andra weiss: Sie war ein Verdingkind aus armen Verhältnissen. Als junge Frau wurde sie am Arbeitsplatz von ihrem viel älteren Vorgesetzten sexuell «überrumpelt». Andra entstammt dieser unehelichen Verbindung und wuchs in einem komplexen Familienkonstrukt auf. Ihr bereits verheirateter Vater gründete mit Andra und ihrer Mutter in den 1950er-Jahren eine zweite Familie, jedoch ohne Andras Mutter zu heiraten. Geografisch entfernt von seiner ersten Familie bauten sie sich eine Fassade bürgerlicher Verhältnisse auf.

Andra erlebte ihre Mutter zeitlebens als distanziert, kühl, unfassbar und bestrebt, das vermeintliche bürgerliche Familienideal um jeden Preis aufrechtzuerhalten und behördliche Eingriffe zu verhindern. Hinter dieser Fassade erlebte Andra jedoch seit frühester Kindheit Traumatisches, wie sexuellen Missbrauch durch den im selben Haushalt lebenden Onkel mütterlicherseits, stilles Mitwissen von Mutter und Vater sowie massive physische Gewalt durch die Mutter. Die Rolle des Vaters schildert Andra in seiner passiv-duldenden Haltung als ambivalent: Einerseits war er ihre einzige nahe Bezugsperson, die sich nicht aktiv gewalttätig ihr gegenüber verhielt. Mit seinem Schweigen trug er jedoch dazu bei, das bürgerliche Familienkonstrukt aufrechtzuerhalten und gegen einen behördlichen Eingriff zu «schützen» – klar zulasten des Kindeswohls.

Helen

Helens Mutter verbrachte ihre Kindheit bei Pflegeeltern, in Heimen, im Spital und bei Verwandten. Dazwi-



Oft leiden auch die Nachkommen unter den Folgen eines Traumas.

schen lebte sie phasenweise in sehr armen Verhältnissen wieder zuhause, «in der Gosse», wie Helen sagt. Von den leiblichen Eltern wurde sie vernachlässigt, vom Vater verprügelt, vom Pflegevater sexuell missbraucht und von der Mutter nicht geschützt. Nach diesen traumatischen Kindheits- und Jugendjahren durchlief Helens Mutter als junge Frau eine Ausbildung im Gesundheitsbereich und gründete mit Helens Vater eine Familie.

Trotz ihrer Unkenntnis der mütterlichen Kindheits-traumata spürte Helen bereits früh, dass ihre Mutter etwas Schlimmes erlebt hat. Seit ihrer frühesten Kindheit empfand sie für ihre Mutter Mitleid, ohne zu wissen weshalb. Obschon sich Helen ihrer Mutter nahe fühlte, war diese für sie immer schwer fassbar. Anstatt durch Nähe oder Gefühle drückte ihre Mutter Zuneigung mit Ge-

schenken aus. Immer wieder erlebte Helen irritierende Momente: Als sie Pro-Juventute-Briefmarken für die Schule verkaufen sollte, reagierte die Mutter abweisend. Auch liess sie nicht zu, dass ihre Kinder allein zum (Pflege-)«Grossvater» zu Besuch gingen. Doch klärende Fragen zur Kindheit ihrer Mutter durfte Helen nicht stellen. Das war ein Tabu: «Wir hatten Eltern mit wenig Vergangenheit», sagt Helen rückblickend.

Zwei Perspektiven auf transgenerationales Schweigen

Wie geht die Wissenschaft mit dem transgenerationalen Schweigen um – also dem Schweigen über Generationen hinweg? Ein grosser Anteil wissenschaftlicher Literatur zum Thema befasst sich mit der psychologischen ►

- und psychoanalytischen Perspektive. In der transgenerationalen Weitergabe von Traumata wird als sehr wichtig erachtet, Schweigen zu durchbrechen und das Geschehene gemeinsam zu reflektieren, um die Traumata nicht weiterzugeben und deren Auswirkungen zu beenden. So sagt die Psychoanalytikerin Jeannette Fischer (2015), dass das Schweigen «die zentrale Schutzzone eines jeden Traumas [sei]. Schweigen bedeutet keine Sprache mehr zu haben für das Erlebte, weil es unerträglich war und auch, weil es kein Ohr gab, das hörte.» Der Sozialpädagoge Lothar Böhnisch (2016) betont, dass die Chancen auf Bewältigung steigen, wenn das Erlebte thematisiert, ausgesprochen und gehört wird. Das Gegenteil könne passieren, wenn die Vergangenheit im Schweigen lebendig bleibe und aus dem Trauma der Eltern ein neues für die Kinder erwachse.

In Ergänzung zu dieser psychologischen und sozialpädagogischen Theoretisierung des Schweigens begann sich in den Nullerjahren eine sozialanthropologische Auseinandersetzung mit dem Schweigen zu entwickeln. Als Beispiel sei auf die Arbeiten von Carol Kidron (2009) verwiesen, die sich mit dem Schweigen in Familien befasst, in denen ein oder beide Elternteile vom Holocaust betroffen waren. Sie zeigt auf, dass in der wissenschaftlichen Beschäftigung mit transgenerationalen Traumata des Holocausts die oben genannten psychologischen Traumatheorien dominieren: Für die individuelle und kollektive «Heilung» der Überlebenden von den unterdrückten Erlebnissen und früheren Identitäten sei es nötig, die Vergangenheit zu artikulieren und zu bearbeiten, beispielsweise durch Zeugenaussagen, Autobiografien oder Gesprächstherapien. So könnten die Betroffenen zu Subjekten ihrer Geschichte werden und sich von ihr entlasten.

Kidron entwickelt gleichzeitig eine ethnografische Sichtweise auf das Schweigen: In den von ihr analysierten Fällen ist das Schweigen eine Form, die Holocausterlebnisse im gegenwärtigen Alltag zu bewahren. Sie beschreibt, wie ein Kind seinen Vater mit seinem stillen Einverständnis regelmässig dabei beobachtet, wie dieser eine Schublade mit Gegenständen aus seiner Kindheit anschaut. Es verändern sich dabei seine Gesichtszüge und der Vater begibt sich auf eine mentale Zeitreise. Dieses Ritual verläuft schweigend, und doch wird damit für die Tochter die Kindheit des Vaters, über die er nicht mit ihr spricht, zugänglich. Das Schweigen sieht Kidron so nicht als eine Abwesenheit oder Verdrängung der Vergangenheit, sondern als «nonverbale Kommunikation» [Übersetzung durch die Autorinnen] über das unaussprechbare Holocaustwissen. Ein ausschliesslich pathologisierender Blick auf das Schweigen verpasse es, das Schweigen als eine Form der Erinnerung und Tradierung des Nichterzählbaren beziehungsweise Nichterzählten zu sehen: Das Schweigen als intimer Moment, die Vergangenheit gemeinsam in der Gegenwart zu erleben, als Form der Erinnerung, um die Geschichte in der Gegenwart aufrecht zu erhalten.

Andra und Helen heute

In Andras und Helens Erzählungen wird deutlich, dass sich das Schweigen der Mütter ganz unterschiedlich

Angehörige gesucht

Im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms suchen wir weitere Nachkommen betroffener Personen, die sich an einem frei wählbaren Ort für ein vertrauliches, biografisches Interview zur Verfügung stellen. Aufgrund der bisherigen Interviews richtet sich dieser Aufruf insbesondere an Männer.

Sind Sie selbst ein Kind einer Person, die vor 1981 administrativ versorgt oder fremdplatziert wurde? Oder kennen Sie Menschen, die ihre Lebensgeschichte erzählen möchten? Interessierte wenden sich bitte an die Projektleiterin Andrea Abraham, andrea.abraham@bfh.ch.

Mehr zum Nationalen Forschungsprogramm 76: www.nfp76.ch

ausdrückt. Andra setzt sich bis heute intensiv mit den Lücken ihrer Vergangenheit auseinander, um die fragmentierten Erinnerungen zu einem sinngebenden Ganzen zusammenzufügen. Das Nichtwissen verfolgt sie und trägt dazu bei, dass sie gedanklich oft in der Vergangenheit lebt und sie sich schreibend mit dieser beschäftigt.

Helens Mutter erzählte erst im Zuge der öffentlichen Aufarbeitungsprozesse der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen von ihrer Kindheit. Nach Jahrzehnten ermöglichte sie es Helen, sich mit ihr darüber auszutauschen. Durch das Aufbrechen des Schweigens und die offene Thematisierung der mütterlichen Biografie begann auch eine Neubewertung von Helens eigenem Leben: Sie verstand im Nachhinein irritierende Empfindungen und Begebenheiten. Durch das Aussprechen entstanden einerseits neue Bilder, die Helen in ihr Leben integrieren musste und die sie ab diesem Zeitpunkt prägten. Andererseits brachten die Gespräche Helen und ihre Mutter einander näher, weil Helen die emotionale Distanz verstehen konnte, die sie als Kind erleben musste.

Andras und Helens Lebensgeschichten zeigen exemplarisch, wie wirkmächtig das Tabu der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen in den Familien bis heute ist, und wie vielfältig es die Lebensrealitäten jedes einzelnen Nachkommen durchdringt. Ein differenzierter Blick auf das Schweigen in Familien kann helfen, dessen vielfältige Bedeutungen zu rekonstruieren und besser zu verstehen. ■

Literatur:

- Böhnisch, Lothar. (2016). *Lebensbewältigung. Ein Konzept für die Soziale Arbeit*. Weinheim: Beltz.
- Fischer, Jeannette. (2015). *Transgenerationale Weitergabe von Traumata*. [Vortrag im Rahmen des «Runden Tisches Fürsorgerrische Zwangsmassnahmen» 21. Januar 2015] Abgerufen von http://www.fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch/pdf/Vortrag_Fischer_de.pdf
- Kidron, Carol A. (2009). Towards an Ethnography of Silence: The Lived Presence of the Past in the Everyday Lives of Holocaust Trauma Survivors and their Descendants in Israel. *Current Anthropology* 50(1): 5–27.

Genderreflektierende Offene Jugendarbeit – eine bleibende Herausforderung



Prof. Dr. Stefanie Duttweiler
Dozentin
stefanie.duttweiler@bfh.ch

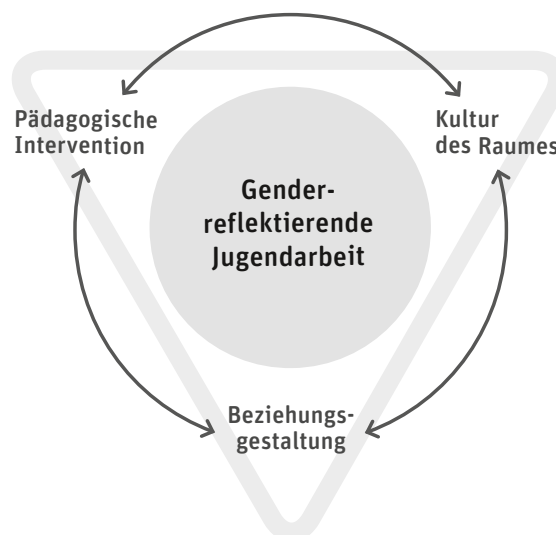
Das Projekt «Genderreflektierende Offene Jugendarbeit» hat ergeben: Nur im Zusammenspiel einer bewusst gestalteten Kultur des Raumes, einer aktiven Beziehungsgestaltung und engagierter pädagogischer Interventionen kann dieses herausfordernde Vorhaben gelingen.

«Zum Wohlfühlen muss man eine gewisse Rolle einnehmen und eine gewisse Rolle performen, damit man überhaupt Anerkennung bekommen, sich zurechtfinden und wohlfühlen kann. [...] Weil es eigentlich schon klar ist, wie man zu sein hat. Sehr machoid, sehr maskulin geprägt. Die weiblich gelesenen Personen haben hübsch zu sein. Wenn man dem nicht genügt – warum auch immer – ist das ein Problem.»

Jugendarbeiterin in Gruppendiskussion, 23.9.2019

Diese Aussage ist ein erschreckender Befund. Denn seit Mitte des 20. Jahrhunderts versucht die Jugendarbeit einen Ort zu bieten, der von einengenden Geschlechterbildern und -zuweisungen entlastet und neue Denk- und Handlungsräume eröffnet. Dieser Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit geht das Forschungs- und Weiterbildungsprojekt «Genderreflektierende Offene Jugendarbeit» nach. Dies wird in Kooperation mit dem Dachverband Offene Kinder- und Jugendarbeit Schweiz (DOJ) durchgeführt und von der Stiftung Mercator Schweiz sowie der BFH finanziert. Ziel ist es, die Themen Gender, Queer und Intersektionalität stärker in der Offenen Jugendarbeit zu verankern, indem wir Weiterbildung mit Forschung kombinieren. Denn wir gehen davon aus: Wer sich an Forschung beteiligt, lernt intensiv und anschaulich Neues für die eigene Praxis.

Unsere Forschungsfrage lautet: Wie ist Offene Jugendarbeit in der Deutschschweiz konkret gestaltet? Um sie zu beantworten, nutzt das Projekt ethnographische Methoden: In Tandems beobachten die Jugendarbeiter*innen ihre alltägliche Praxis, interpretieren sie gemeinsam mit den Forscher*innen und erarbeiten Handlungsalternativen für ihre Praxis.



Es zeigte sich, wie unterschiedlich Jugendtreffs sein können. Dies betrifft sowohl die personelle, räumliche und materielle Ausstattung als auch die konkrete pädagogische Arbeit und die Auseinandersetzung mit dem Thema Gender. Deutlich wurde auch: das konkrete Geschehen in den Treffs entfaltet sich im Zusammenspiel der Kultur des Raumes, der pädagogischen Interventionen sowie der Beziehungsgestaltung zu Einzelnen, Gruppen und innerhalb des Teams.

Begriffsklärung: Kultur des Raumes – pädagogische Intervention – Beziehungsgestaltung

Kultur des Raumes meint zum einen die Ausgestaltung und Ausstattung des Jugendtreffs. Oft regt sie eher zu männlich konnotierten Aktivitäten an (wie sportliche Wettkampfspiele), lädt nicht immer zu kritischer Auseinandersetzung ein (zum Beispiel durch Aufhängen einer Regenbogenfahne, Flyer, Plakate, Bücher, Filme) oder bietet kaum Möglichkeiten zur Mitgestaltung. Zum an- ▶

Der Gender-* verweist auf die Vielfalt der Geschlechter: Nicht alle Menschen identifizieren sich mit den Geschlechterkategorien «Frau» oder «Mann», der * soll die Möglichkeit anderer Geschlechtsidentitäten (wie zum Beispiel Transidentität) verdeutlichen.



Diese Djanes erfahren, wie das Mischpult funktioniert.

- ▶ deren ist mit dem Begriff Kultur des Raumes das Platzangebot, die Dominanz einer Gruppe oder die Niederschwelligkeit und die Lage des Treffs gemeint. Als hilfreich für genderreflektierende Offene Jugendarbeit erweist sich diesbezüglich, wenn Jugendliche den Raum selbständig nutzen können und sich dabei frei und zugleich geschützt sowie wertgeschätzt fühlen. Das gelingt beispielsweise, wenn der Raum verschiedene Anregungen bietet, von Aussen nicht (alles) einsehbar ist, die Eltern den Treff kennen und schätzen oder es möglich ist, kleine Geschwister mitzubringen. Andere förderliche Umstände sind Möglichkeiten, ein Kopftuch zu tragen, sich zeitweise in geschlechtshomogenen Gruppen oder allein mit einer Fachkraft im Raum aufzuhalten.

Auch im Hinblick auf die Beziehungsgestaltung lassen sich grosse Unterschiede feststellen. Während sich einige Jugendarbeiter*innen kaum in das Geschehen im Treff einbringen und nur von Zeit zu Zeit «Kontrollgänge» vornehmen, fokussieren andere auf Versorgung und Wertschätzung, auf Vertrauen und Augenhöhe oder stellen sich für konstruktive Auseinandersetzungen zur Verfügung. Auffallend ist, wie häufig einige Fachkräfte bei ihrer Arbeit von eigenen Erfahrungen erzählen. Das kann auch heikle Themen wie Sexualität oder die eigene Körpererfahrung betreffen (Duttweiler, 2020). Engagierte genderreflektierende Offene Jugendarbeit braucht, so hat sich gezeigt, reflektierte «Beziehungsarbeitspartner*innen» (Debus & Struve, 2016, S. 128), die (an-)greifbar sind – sowohl nahbar, zugewandt und wertschätzend als auch konflikt- und entwicklungsfähig. Damit können sie den Jugendlichen aller Geschlechter wahlweise «Vorbild, Reibungsfläche, Abgrenzungsfolie et cetera» (ebd.) sein.

Genderreflektierende Offene Jugendarbeit impliziert auch gezielte pädagogische Interventionen wie das Thematisieren geschlechtsspezifischer Diskriminierung, gezieltes Grenzsetzen bei unangemessenem Verhalten oder eine bewusste Einladung zu Aktivitäten. Hier

Tagung: Platz für Vielfalt?!

Wie können Fachpersonen die Offene Jugendarbeit gestalten, damit Verschiedenheit Platz hat und Diskriminierung vermieden wird? Das Thema steht im Fokus einer Tagung, die am 20./21. November 2020 am Departement Soziale Arbeit stattfindet. Sie soll Forschung und Praxis der Offenen Jugendarbeit ins Gespräch bringen.

Weitere Informationen und Anmeldung

bfh.ch/soziale-arbeit/vielfalt

hat sich gezeigt: Je stärker die Fachkräfte präsent sind, desto seltener verhalten sich Jugendliche gemäss dominanter Geschlechterstereotypen und desto häufiger wird Geschlecht von ihnen kritisch thematisiert. Darüber hinaus können ruhige Situationen in Kleingruppen Handlungsspielräume erweitern: Insbesondere Mädchen werden dadurch in geschlechtsuntypischem Handeln bestärkt und erfahren Verständnis für geschlechtsspezifische Diskriminierungserfahrungen. Auffällig ist bei allen untersuchten Fällen zudem die starke Betonung auf sprachliche Interaktionen, das heisst Gespräche und Erklärungen. So wurde selten beobachtet, dass die Jugendarbeiter*innen von sich aus (körperliche) Aktivitäten vorschlagen oder einfach beginnen (zum Beispiel ein Graffiti zu sprayen oder zu kochen) und so die Jugendlichen zu geschlechtsuntypischem Verhalten einladen. Mitmachen, hohe Präsenz und starke Strukturierung von Jugendarbeiter*innen stehen allerdings in gewissem Widerspruch zum Prinzip der Offenheit in der Offenen Jugendarbeit. Die Herausforderung besteht darin, den Jugendlichen den Treff als erweiterten Möglichkeitsraum zur Verfügung zu stellen und zugleich darauf zu achten, herkömmliche Stereotypisierungen nicht zu reproduzieren und zu verfestigen.

Was lernen wir daraus? Da das Zusammenspiel der Kultur des Raumes, der pädagogischen Interventionen sowie der Beziehungsgestaltung so grundlegend ist, reicht es nicht, vereinzelt Projekte zu Gender-Themen zu lancieren. Es gilt, das (sozial-)pädagogische Handeln in seiner Gesamtheit anzupassen. Um diesen Zusammenhang zu verdeutlichen, haben wir das sogenannte «(sozial-)pädagogische Dreieck» entworfen (siehe Abbildung S. 17). Es soll die Zusammenhänge verdeutlichen und hilft, die eigene Arbeit zu analysieren. ■

Literatur:

- Debus, Katharina & Struve, Olaf. (2016). «Wir Jungs unter uns oder so ...» Stolpersteine und Potenziale im Verhältnis von Jugendarbeit, Männlichkeit und Arbeitsbedingungen. In: Stecklina, Gerd & Wienforth, Jan (Hrsg.). *Impulse für die Jugendarbeit*. Weinheim: Beltz.
- Duttweiler, Stefanie. (2020). Verkörperte Professionalität – Zum «Mitspielen» von Körper und Leib in sozialpädagogischen Situationen am Beispiel der Offenen Jugendarbeit. In: Ganterer, Julia, Grosse, Martin & Schär, Clarissa. (Hrsg.). *Erfahren – Widerfahren – Verfahren. Körper und Leib als analytische und epistemologische Kategorien Sozialer Arbeit*. Wiesbaden: VS Verlag (im Erscheinen).

Blick zurück, mit der Zukunft im Sinn



Prof. Marco Zingaro im Gespräch.

Interview: Prof. Andrea Hauri

Marco Zingaro prägte mehr als eine Generation von Fachpersonen im Kindes- und Erwachsenenschutz. Seit drei Jahrzehnten steht er mit seinen Kompetenzen und Leistungen für die Professionalisierung und Konsolidierung dieses wichtigen Bereichs der Sozialen Arbeit. Seit August ist Marco Zingaro in Pension. Was ihm zum Abschied wichtig bleibt? Nachgefragt hat seine Kollegin Andrea Hauri.

Was bleibt, wenn Du auf dreissig Jahre Kindes- und Erwachsenenschutz zurückblickst?

Marco Zingaro: Gesetzlich hat sich in dieser Zeit enorm viel getan. Einer der wohl bedeutendsten Meilensteine waren die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB), welche bei der Ablösung des Vormundschaftsrechts 2013 eingeführt wurden. Insgesamt steht der Kindes- und Erwachsenenschutz heute an einem ganz anderen Punkt als noch vor dreissig Jahren, namentlich hinsichtlich der Professionalisierung. Darüber hinaus erachte ich die Neukonzeptionen des revidierten Erwachsenenschutzes als historisch, weil nach hundert Jahren Vormundschaftsrecht eine überfällige Anpassung an veränderte gesellschaftliche Realitäten vollzogen werden konnte. In einem etwas weiter gefassten Kontext würde ich rückblickend die Einführung der gemeinsamen elterlichen Sorge als Regelfall oder die Öffnung der Stiefkindadoption für gleichgeschlechtliche Paare als entscheidenden Fortschritt erachten. Schliesslich möchte ich an dieser Stelle alle Bestrebungen nennen, die die Partizipationsrechte von Kindern und Jugendlichen in den sie betreffenden Verfahren gestärkt haben, auch wenn es bei der praktischen Umsetzung sicher noch Verbesserungspotenzial gibt.

Die Revision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches von 2013 fokussierte auf den Erwachsenenschutz. War es die richtige Entscheidung, im materiellen Kinderschutz keine Anpassungen vorzunehmen?

Der Handlungsbedarf lag schon primär beim Vormundschaftsrecht. Dieses war mit seinen stigmatisierenden Begrifflichkeiten und seinem Massnahmensystem nicht mehr geeignet, für Menschen mit einem Schutz- oder Hilfsbedarf individualisierte und methodisch zeitgemässe Lösungen zu definieren. Man hat im Vorfeld der Revision durchaus den Handlungsbedarf im materiellen Kinderschutz geprüft, bei der Analyse aber rasch gesehen, dass das Instrumentarium eigentlich ausreichend

«Nach meinem Verständnis ist klar: die praktische Umsetzung des Kindes- und Erwachsenenschutzes stellt eine interdisziplinäre Verbundaufgabe dar. Entsprechend müssen verschiedene Rollen und Funktionen zusammenwirken, damit am Schluss ein fachlich überzeugendes und gleichzeitig für die Betroffenen nachvollziehbares Ergebnis entsteht.»

war. Defizite hat man dagegen bei der Qualität der behördlichen Umsetzung des Kinderschutzes festgestellt. Das hat nicht unwesentlich dazu beigetragen, die Forderung nach einer interdisziplinär zusammengesetzten Fachbehörde durchzusetzen.

Es ist also in Ordnung, dass man den Fokus auf den Erwachsenenschutz gelegt hat?

Ja, das war richtig. Durch die Reorganisationsdiskussion wurde der Kinderschutz ja nicht ausgeblendet. Diese Diskussion konnte im Gegenteil wesentlich zur Erkenntnis beitragen, dass sich schwierige Konstellationen nicht ohne professionelle Behörde und nur mit einer interdisziplinären Herangehensweise bewältigen lassen.

Was wurde bei der Professionalisierung erreicht und wo besteht noch Handlungsbedarf?

Die Kantone mussten vor und nach der Inkraftsetzung der revidierten Gesetzgebung sehr viel Zeit investieren, um die verlangte Neuorganisation auf die Beine zu stellen. Dieser Aufwand ging teilweise auf Kosten der inhaltlichen Diskussion über das neue Erwachsenenschutzrecht, was dessen Etablierung sogar in Fachkreisen verzögert hat. Dass die organisatorischen Verhält-

- nisse nun im kantonalen Quervergleich heterogen sind, lässt sich nicht bestreiten und ist dem Föderalismus geschuldet.

Was den Handlungsbedarf betrifft, so rechne ich mit Optimierungsprozessen im Tätigkeitsfeld des Kindes- und Erwachsenenschutzes insgesamt. Man sollte nicht vergessen, dass die angestrebte Professionalisierung nicht allein eine Frage der Behördenstruktur ist. Eine zentrale Rolle kommt auch den Abklärungsdiensten und den Berufsbeistandschaften zu. Sie müssen entscheidend dazu beitragen, dass die im Verbund geleistete Arbeit zum Schutz gefährdeter Kinder und schutzbedürftiger Erwachsener das Prädikat «professionell» verdient. Für disziplinäre Einzelgänge gibt es keinen Platz. Beim Stichwort «Professionalisierung» gibt mir übrigens zu denken, dass der Kindes- und Erwachsenenschutz in weiten Teilen der Bevölkerung nach wie vor kein gutes Ansehen genießt. Auf der Basis von qualitativ guter Einzelfallarbeit wird in den nächsten Jahren eine optimierte Kommunikation zu einem besseren Image beitragen müssen.

Wenn die Zusammenarbeit der verschiedenen Dienste Thema bleibt, kann dann die Diskussion um die Organisationsstruktur beendet sein?

Nach meinem Verständnis ist klar: die praktische Umsetzung des Kindes- und Erwachsenenschutzes stellt eine interdisziplinäre Verbundaufgabe dar. Entsprechend müssen verschiedene Rollen und Funktionen zusammenwirken, damit am Schluss ein fachlich überzeugendes und gleichzeitig für die Betroffenen nachvollziehbares Ergebnis entsteht. Es geht, banal ausgedrückt, um gute Zusammenarbeit unter den Professionellen. Da haben wir nach meiner Einschätzung schon noch Steigerungspotenzial. Gerade an der Schnittstelle zwischen Behörde und Abklärenden, aber auch an der Schnittstelle zwischen Behörde und Mandatsführung lohnt es sich, vermehrt in den regelmässigen fachlichen Austausch zu investieren. Wichtig scheint mir zudem der Aufbau und die Pflege einer gemeinsamen Fehlerkultur. Ich bin mir bewusst, dass ich diesbezüglich sehr hohe Anforderungen stelle, wenn man die unterschiedlichen strukturellen Rahmenbedingungen und die allseits prekäre Ressourcenlage berücksichtigt. Gleichzeitig gehe ich davon aus, dass eine Qualitätsdiskussion unausweichlich bevorsteht. Dabei wird auch das Thema Kommunikation zwischen allen Beteiligten unweigerlich stärker in den Fokus rücken. Solange es betroffene Einzelpersonen oder Familien gibt, welche beklagen, dass sie nicht verstehen würden, was man eigentlich von ihnen erwarte und weshalb, darf man sich in einem Schutzsystem nicht zufriedengeben. Die beiden Disziplinen Recht und Soziale Arbeit sind hier speziell gefordert.

Was ist Dir noch wichtig?

Persönlich glaube ich nicht, dass sich an den erwähnten heterogenen Behördenstrukturen in naher Zukunft Entscheidendes ändern wird. Dieser Umstand ist für die Entwicklung einer einheitlichen und rechtsgleichen Praxis nicht zwingend förderlich. Man hat es zudem lei-



Mit Marco Zingaro geht ein Kollege in Pension, welcher wichtige Aufbauarbeit für die Soziale Arbeit an der BFH geleistet hat: Bis 2009 fehlten im Kanton Bern Weiterbildungsangebote für die Bereiche Kinderschutz und Vormundschaftsrecht. Als langjähriger stellvertretender Amtsvorsteher und Leiter der Abteilung Recht des Kantonalen Jugendamtes war Marco Zingaro prädestiniert, entsprechende Angebote im Hinblick auf die 2013 in Kraft tretende neue Gesetzgebung zum Kinderschutz und Erwachsenenschutz zu entwickeln.

Marco Zingaro identifiziert sich in hohem Masse mit den zentralen Punkten des neuen Rechts wie der Förderung des Selbstbestimmungsrechts, der Stärkung der Solidarität in der Familie oder der Ablösung der standardisierten Massnahmen durch ein System massgeschneiderter Lösungen. Er versteht den Kindes- und Erwachsenenschutz als Verbundaufgabe der betroffenen Personen, deren Familien sowie den einbezogenen fachlichen Stellen. Das heutige Weiterbildungsangebot im Kindes- und Erwachsenenschutz der BFH zeichnet aus, dass es stark interdisziplinär ausgerichtet ist und die sozialarbeiterische, pädagogische und rechtliche Perspektive integriert. Ein weiteres Merkmal seines Schaffens ist sein hoher wissenschaftlicher und gleichzeitig praktischer Anspruch. Seit 2014 und über seine Pensionierung hinaus verantwortet Marco Zingaro mit grosser Kompetenz die Zeitschrift für Kindes- und Erwachsenenschutz (ZKE) und sorgt dafür, dass Wissenschaft und Praxis des schweizerischen Kindes- und Erwachsenenschutzes zu Wort kommen und sich gegenseitig befruchten. Nun geht Marco Zingaro in die verdiente Pension. Wir wünschen ihm alles Gute für seine Zukunft und bedanken uns für die langjährige freundschaftliche Zusammenarbeit.

Martin Wild-Näf, Abteilungsleiter Weiterbildung, Dienstleistung, Forschung

«Es darf doch nicht sein, dass in einzelnen Kantonen Verfügungen der KESB nicht zwingend schriftlich begründet werden müssen. Solche Dinge bleiben nicht ohne Folgen für die Qualität der Mandatsführung.»



der politisch nicht geschafft, ein schweizweit einheitliches Verfahrensrecht einzuführen, was ich als verpasste Chance sehe. Um nur ein Beispiel zu nennen: Es darf doch nicht sein, dass in einzelnen Kantonen Verfügungen der KESB nicht zwingend schriftlich begründet werden müssen. Solche Dinge bleiben nicht ohne Folgen für die Qualität der Mandatsführung. Nach meinem Verständnis ist es zentral für die eingesetzte Beistandsperson, ihren Handlungsplan auf eine transparente und dokumentierte Entscheidungsfindung der Behörde abzustützen. Diese muss nachvollziehen können, warum die Behörde die jeweilige Massnahme ergreift und weshalb diese Massnahme für den angeordneten Begleit- und Vertretungsprozess genau so ausgestaltet wurde.

Wie siehst Du die Rolle der Hochschule? Welche Anliegen hast Du an diese?

Insbesondere die Fachhochschulen erfüllen eine wichtige Funktion, wenn es darum geht, die involvierten Disziplinen miteinander zu verknüpfen. Sie sollten noch stärker darauf achten, den oft zitierten «Theorie-Praxis-Transfer» zu leben und einzufordern. Es war absolut richtig, dass sich die BFH vor elf Jahren im Hinblick auf das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht zum Ziel setzte, einen strategischen Schwerpunkt auf die Weiterbildung von Praktikerinnen und Praktikern zu setzen – und zwar einen, der diesen Namen verdient: Sie darf heute mit ihrem spezifischen Weiterbildungsangebot für sich in Anspruch nehmen, ihren Beitrag zur Weiterentwicklung des professionalisierten Systems zu

leisten. Dieser Beitrag wird mit der Qualitätsdebatte noch an Bedeutung gewinnen, unter anderem, weil in den Kantonen die Berufsbeistandschaften stärker in den Fokus rücken werden. Denn mit der Reorganisation der Behörden ist der Prozess eben nicht abgeschlossen. Es wird inskünftig auch darum gehen, die Strukturen, Ressourcen und Qualitätsstandards der Berufsbeistandschaften zu definieren. In diesem Zusammenhang werden ohne Zweifel die berufliche Qualifikation und Entwicklung der Mitarbeitenden eine wichtige Rolle spielen.

Hast Du einen Wunsch für Deinen Nachfolger, Claudio Domenig?

Ich bin sicher, dass sich mein Nachfolger mit seinen Qualifikationen und seinem bestehenden Netzwerk für einen intensiven Diskurs zwischen und unter den Disziplinen einsetzen wird. Ich wünsche ihm alles Gute und viel Erfolg dabei, weiterhin alle Akteure im Kindes- und Erwachsenenschutz in den Weiterbildungsangeboten der BFH zusammenzuführen damit der fachliche Austausch unter den Professionellen weiter gefördert werden kann. ■

Claudio Domenig wird die Aufgaben von Marco Zingaro ab Semester 2020/21 übernehmen. Lesen Sie mehr über die Pläne des neuen Dozenten und den Wechsel des Vizepräsidenten der KESB Mittelland Süd an die BFH in der beiliegenden Weiterbildungsbroschüre zum Kindes- und Erwachsenenschutz.

Erfahrungen mit Schulsozialarbeit in der Schweiz

Die Schulsozialarbeit hat sich in den letzten Jahren in der Schweiz stark verbreitet. Erstmals hat ein Forschungsteam der Pädagogischen Hochschule Bern (PHBern) und der BFH diese Entwicklung systematisch untersucht. Nachfolgend präsentieren die Forschenden ausgewählte Resultate des Projekts, das vom Schweizerischen Nationalfonds finanziert wurde.



Prof. Roger Pfiffner
Dozent, BFH
roger.pfiffner@bfh.ch



Prof. Dr. habil. Ueli Hostettler
Leiter Forschungsschwerpunkt, PHBern
ueli.hostettler@phbern.ch



Simone Ambord
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Sucht Schweiz, Lausanne
sambord@addictionsuisse.ch



Monique Brunner
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Kantonales Jugendamt (BE)
monique.brunner@be.ch

Die Schulsozialarbeit hat in den letzten Jahren einen rasanten Auf- und Ausbau erlebt. Vor der Jahrtausendwende gab es in der deutschsprachigen Schweiz weniger als fünfzig Schulen mit einem Angebot an Schulsozialarbeit. Innerhalb von nicht einmal zwanzig Jahren ist die Zahl auf schätzungsweise 900 Schulen mit über 1'000 Schulsozialarbeitenden angewachsen (Hostettler, Pfiffner, Ambord & Brunner, 2020). Besonders die Jahre zwischen 2005 und 2012 waren regelrechte Boomjahre. Allein in diesen sieben Jahren verdreifachte sich die Anzahl der Schulen mit Schulsozialarbeit. In dieser Hinsicht kann durchaus von einer Erfolgsgeschichte der Schulsozialarbeit gesprochen werden.

Was aber halten die Zielgruppen der Schulsozialarbeit – Kinder und Jugendliche, Lehrpersonen und Schulleitungen – von den Unterstützungsangeboten? Erachten sie diese überhaupt als brauchbar und nützlich? Die Ergebnisse unserer Forschung zur Schulsozialarbeit, die kürzlich in Buchform publiziert wurden (vgl. Kasten S. 25), geben darauf eine Antwort.

Schulsozialarbeit in der Deutschschweiz

Im Rahmen des Forschungsprojekts wurden beinahe 7'000 Lehrpersonen und Schulleitungen sowie über 4'000 Schülerinnen und Schüler zur Schulsozialarbeit befragt. Die Ergebnisse zeigen, dass die Befragten mehrheitlich positive Erfahrungen mit der Schulsozialarbeit gemacht haben. Die Schülerinnen und Schüler vertrauen ihr und nehmen das Beratungsangebot rege in Anspruch.

In Schulen, in denen die Kinder und Jugendlichen

einen direkten Zugang zur Schulsozialarbeit haben, hat ein beachtlicher Teil der Schülerinnen und Schüler (37,3 %) das Angebot auch genutzt. Ziemlich genau die Hälfte von ihnen (47%) hat das Beratungsangebot freiwillig und auf eigene Initiative hin beansprucht. Knapp drei Viertel der Nutzerinnen und Nutzer (74,3%) geben an, dass sie eindeutig positive Erfahrungen mit der Schulsozialarbeit gemacht haben (Abbildung 1). Für beinahe acht von zehn dieser Schülerinnen und Schüler (79,9%) trifft es zudem voll zu, dass ihnen die Schulsozialarbeit helfen konnte. Insbesondere wenn diese die Schulsozialarbeiterin oder den Schulsozialarbeiter sympathisch finden und gut kennen, schenken sie ihr oder ihm in der Regel auch ihr Vertrauen.

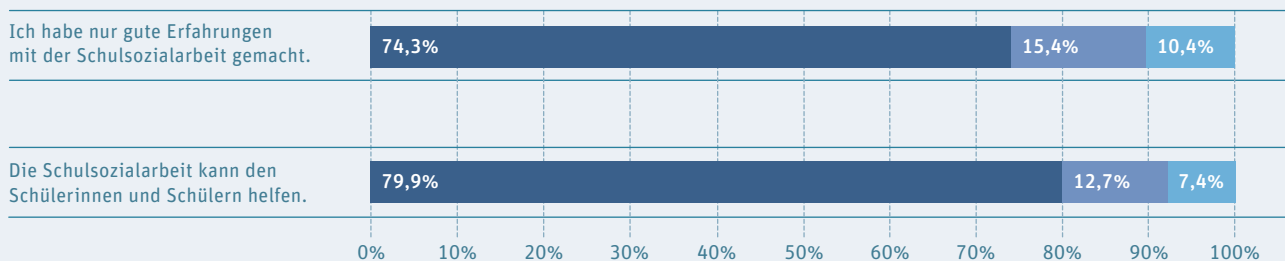
Ausschlaggebend für das Vertrauen der Kinder und Jugendlichen ist auch die Niederschwelligkeit der Angebote: Je niederschwelliger die Schulsozialarbeit ist und je näher sie im Alltag der Kinder und Jugendlichen operiert, desto höher ist ihr Vertrauen in die Schulsozialarbeit. 41,6 Prozent aller Schülerinnen und Schüler gaben an, dass sie ihr voll vertrauen. Hinzu kommt ein Anteil von 38,7 Prozent, welcher der Schulsozialarbeit zumindest teilweise vertraut. Zusammenfassend weist dies darauf hin, dass die Kinder und Jugendlichen die Schulsozialarbeit als ein hilfreiches Angebot wahrnehmen.

Die Projektbefunde zeigen zudem, dass die Schulsozialarbeit das Vertrauen und den Respekt vieler Lehrpersonen und Schulleitungen gewonnen hat, was eine essenzielle Voraussetzung für den Aufbau interdisziplinärer Zusammenarbeitsformen an Schulen ist (vgl. zu



Abbildung 1: Nutzen des Beratungsangebots für die Schülerinnen und Schüler
in % der Nutzenden, n= 1'641

■ Eindeutig zutreffend ■ Teilweise zutreffend ■ Nicht zutreffend



Quelle: Hostettler, Pfiffner, Ambord & Brunner, 2020: 179

diesem Thema auch S. 8). Die Aufbauphase haben die meisten Schulsozialarbeitenden dazu genutzt, das Vertrauen der schulischen Mitarbeitenden zu gewinnen. Unsere Studie weist darauf hin, dass die Schulsozialarbeitenden mehrheitlich erfolgreich waren und dadurch eine solide Basis für die interdisziplinäre Kooperation schaffen konnten.

Heute beurteilen besonders die Schulleitungen die Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit sehr positiv, nicht zuletzt wegen der grossen Entlastung, die diese mit sich bringt. Im Gegenzug erfahren die meisten Schulsozialarbeitenden viel Unterstützung seitens der Schulleitungen. Auch dies ist ein zentraler Faktor für deren Erfolg.

Anspruchsvoller ist dagegen der Aufbau intensiver Zusammenarbeitsformen mit den Lehrpersonen. Bei

ihnen ist die Motivation zur interdisziplinären Zusammenarbeit geringer ausgeprägt als bei Schulsozialarbeitenden und Schulleitungen. Lehrpersonen nehmen in der Kooperation auch mehr Rollenunklarheiten wahr, haben weniger Zeit und fürchten nicht selten, dass ein Austausch mit der Schulsozialarbeit zusätzlichen Arbeitsaufwand generiert.

Die Untersuchung legt nahe, dass es für die Lehrpersonen durchaus vorteilhaft ist, früher und umfassender mit der Schulsozialarbeit zusammenzuarbeiten. Die Schulsozialarbeit hat einen entlastenden Effekt auf die Lehrpersonen. Es ist davon auszugehen, dass eine intensivere Zusammenarbeit den Entlastungseffekt auf längere Sicht verstärken würde. ▶

► Wo Handlungsbedarf besteht

Neben den genannten Erfolgen sehen wir auf Basis unserer Forschung eine Reihe von aktuellen und zukünftigen Herausforderungen. So ist beispielsweise zu beachten, dass der erwähnte Ausbau der Schulsozialarbeit nicht in allen Kantonen im selben Ausmass stattgefunden hat.

Einige Kantone (insbesondere Aargau, Zürich und Basel-Stadt) verfügen heute über eine gute Versorgung mit Schulsozialarbeit. In anderen, eher ländlichen Kantonen wie Bern und Graubünden fließen dagegen – gemessen an der Anzahl Schulsozialarbeitenden und ihren Stellenprozenten pro Schülerin und Schüler im Kantonsgebiet – nur etwa halb so viele Ressourcen in die Schulsozialarbeit wie in den besser versorgten Kantonen. Versorgungsgrad und Entwicklungsstand der Schulsozialarbeit variieren also je nach Kanton deutlich. Dies beeinflusst das verfügbare Unterstützungsangebot für Kinder und Jugendliche mit Unterstützungsbedarf. Mit Blick auf die Chancengleichheit wäre hier anzustreben, dass sich die Versorgungslage zwischen den Kantonen angleicht.

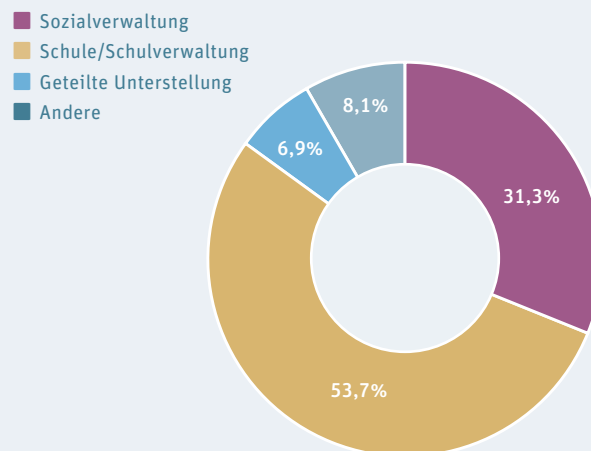
Eine weitere Herausforderung hängt damit zusammen, dass in den letzten Jahren vermehrt kleine und ländliche Gemeinden – meist in Zusammenarbeit mit anderen – ein regionales Angebot an Schulsozialarbeit realisiert haben. Die Gemeinden haben damit auf den zunehmenden Unterstützungsbedarf von Kindern und Jugendlichen, Familien und Schulen im Zuge des sozialen Wandels reagiert.

Viele dieser Angebote haben sich bewährt. Als Konsequenz sind Schulsozialarbeitende in den betreffenden Gemeinden aber häufig für mehrere kleine Schulstandorte zuständig. Mehr als jede fünfte in der Schulsozialarbeit tätige Person versorgt vier oder noch mehr Schulhäuser, dies oft in einem Teilzeitpensum. Folglich ist sie oder er mit verschiedenen Rahmenbedingungen, Kollegien, Schulhauskulturen und Schulleitungen konfrontiert. Dies stellt hohe Anforderungen an die Arbeitsorganisation, ist eine Herausforderung für die Zusammenarbeit von Schule und Schulsozialarbeit und reduziert die Niederschwelligkeit der Angebote.

Solche Bedingungen erschweren es der Schulsozialarbeit, ein klares Profil herauszuarbeiten und zu pflegen, da sie je nach Schule unterschiedlich arbeiten muss und anders positioniert ist. Insbesondere in sogenannten ambulanten Versorgungsmodellen (Versorgung einer Schule mit sozialarbeiterischen Dienstleistungen von einer zentralen Stelle aus) kann das ein Problem darstellen. Nicht immer sind in diesen Fällen Besprechungsräume und ein Arbeitsplatz im entsprechenden Schulhaus vorhanden. Sinnvoll wäre es deshalb, die Qualitätskriterien und Empfehlungen zum Aufbau der Schulsozialarbeit konsequent einzuhalten.

Auch hinsichtlich der Zusammenarbeit von Lehrpersonen und Schulsozialarbeit besteht Optimierungspotenzial, besonders aus Sicht der Schulsozialarbeitenden. Im Vergleich zu den Schulleitungen und Lehrpersonen beurteilen sie die Zusammenarbeit kritischer. Für sie, die in hohem Masse auf die Zusammenarbeit mit den

Abbildung 2: Angebote der Schulsozialarbeit nach Trägerschaft in %, n = 332



Quelle: Hostettler, Pfiffner, Ambord & Brunner, 2020: 51

Lehrpersonen angewiesen sind, trifft es im Schnitt nur teilweise bis eher zu, dass Schulsozialarbeitende und Lehrpersonen wirklich interdisziplinär zusammenarbeiten.

Etwa ein Viertel der Schulsozialarbeitenden ist der Ansicht, dass die Zusammenarbeit kaum gepflegt wird. Zu häufig findet die Kooperation in diesen Fällen zwischen «Tür und Angel» statt. Sie ist folglich wenig systematisch, wenig formalisiert und es fehlt oft die Zeit für eine saubere Auftragsklärung. Hinzu kommt, dass die Zusammenarbeit zwischen Schule und Schulsozialarbeit noch selten reflektiert und kaum regelmässig überprüft wird. Formen interdisziplinärer Zusammenarbeit bleiben deshalb über die Zeit recht stabil. Wünschenswert wäre, wenn sich in Zukunft die Kooperation zwischen Schule und Schulsozialarbeit weiterentwickelt und dadurch neue Potenziale für die Schulentwicklung eröffnen würden.

Ferner ist zu beobachten, dass sich die Schulsozialarbeitsangebote eher selten im direkten Einfluss- und Kontrollbereich der Sozialverwaltungen entwickelt haben. Wie Abbildung 2 zu entnehmen ist, sind in der deutschsprachigen Schweiz mehr als die Hälfte der Schulsozialarbeitsangebote bei einer Schulverwaltung oder direkt der Schule angegliedert (53,6%). Dazu kommen 6,9 Prozent, bei denen die Schulsozialarbeit einem geteilten Arbeitsverhältnis untersteht – also in organisatorisch-administrativer Hinsicht ebenfalls von den Schulen geleitet werden. Damit weist eine klare Mehrheit der Schulsozialarbeitsangebote eine schulnahe Trägerform auf. Knapp ein Drittel verfügt über eine öffentliche Sozialverwaltung als Trägerschaft (31,3%).

Weiter zeigen die Befunde, dass mehr als die Hälfte der Schulsozialarbeitenden allein oder in einem Team mit maximal drei Personen arbeitet. Dadurch bestehen

kaum Möglichkeiten, innerhalb der Gemeindestrukturen eine spezialisierte Abteilung für Schulsozialarbeit oder eine Teamleitung einzurichten. Schulsozialarbeit stellt aber wie erwähnt hohe Anforderungen an die Selbstorganisation und die Fachlichkeit der Beschäftigten. Sie haben es nicht selten mit schwierigen Situationen, familiären Problemen und Gefährdungen von Kindern und Jugendlichen zu tun. Es wäre deshalb wichtig, dass die Schulsozialarbeit vermehrt durch erfahrene Schulsozialarbeitende geführt wird.

Fazit

Kaum ein anderes Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit hat sich in den letzten Jahren so rasant entwickelt wie die Schulsozialarbeit. Nicht überall waren Tempo und Umfang des Aufbaus identisch. Je nach Kanton erfolgte die Entwicklung der Schulsozialarbeit in sehr unterschiedlicher Weise, und es ist bis heute eine sehr heterogene Ausgestaltung von kommunalen oder regionalen Angeboten der Schulsozialarbeit zu beobachten. Grundsätzlich zeigt unsere Untersuchung aber, dass sich die Schulsozialarbeit im Urteil ihrer wichtigsten Zielgruppen bewährt hat. Das ist eine gute Basis, um die geschilderten Herausforderungen anzugehen. ■

Der Artikel basiert auf der Studie von Hostettler, Ueli; Pfiffner, Roger; Ambord, Simone & Brunner, Monique. (2020). *Schulsozialarbeit in der Schweiz. Angebots-, Kooperations- und Nutzungsformen*. Bern: hep verlag.



Bisher gab es kaum kantonsübergreifende Informationen zum Stand der Schulsozialarbeit in der Deutschschweiz. Erstmals liegen nun systematische Daten zu den Angebots- und Kooperationsformen in der Schulsozialarbeit vor. Die Forschungsgruppe hat die umfassenden

Resultate der Studie publiziert.

Sie können das Buch beim HEP-Verlage bestellen (ISBN 978-3-0355-1787-3).

Benutzen Sie hierzu den folgenden Link:
hep-verlag.ch/schulsozialarbeit-in-der-schweiz

Information zum Projekt

phbern.ch/forschung/projekte/kooperationsformen-und-nutzungsstrukturen-in-der-schulsozialarbeit

Aktuelles

Forschung

Neuer Ansatz zur Unterstützung von Langzeitbeziehenden



Rund 40 Prozent aller laufenden Fälle in der Sozialhilfe werden länger als drei Jahre unterstützt. Dieser Langzeitbezug ist ein grosses gesellschaftliches Problem, da mit zunehmender Bezugsdauer die Integrationschancen der Armutsbetroffenen schwinden und für das Gemeinwesen die jährlichen Kosten pro Fall steigen. Aus diesem Grund hat die BFH den Ansatz «**Richtungswechsel**» entwickelt. Mit ihm sollen die Fälle von Langzeitbezug verringert und die Lebensqualität der Betroffenen verbessert werden. Der Ansatz besteht zum einen aus einer Fallrevison, mit welcher die wirtschaftliche Hilfe überprüft wird. Zum anderen setzt der Ansatz bei einer veränderten persönlichen Hilfe in Form von Beratung an. Der Lösungsansatz liegt als Manual vor. Er wird demnächst in Zusammenarbeit mit interessierten Partnerorganisationen angewendet und auf seine Wirkung hin experimentell getestet.

Kontakt:
 Prof. Dr. Simon Steger
simon.steger@bfh.ch

«Im wahren Leben funktioniert vieles anders als in der Theorie»



Claudia Schuwey
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
claudia.schuwey@bfh.ch



Prof. Dr. Emanuela Chiapparini
Dozentin
emanuela.chiapparini@bfh.ch

Armutsbetroffene Personen können in vielfältiger Weise einbezogen werden, um Massnahmen der Armutsprävention und -bekämpfung zu entwickeln und umzusetzen. Eine Studie identifiziert Möglichkeiten, zeigt Wirkungspotenziale und beschreibt die für die Umsetzung erforderlichen Voraussetzungen. Eine Betroffene nimmt dazu Stellung.

Im Bereich der Armutsprävention und -bekämpfung gibt es verschiedene Beteiligte: Regierungsmitglieder und kantonale Parlamente, welche Massnahmen beschliessen und Sozialhilfegesetze erlassen, statistische Ämter, die Zahlen über das Ausmass und die Entwicklung von Armut publizieren oder Sozialdienste als unterstützende und beratende Stellen. Weitere Beteiligte sind Hochschulen, welche Sozialarbeitende ausbilden und Forschung betreiben. Die Medien und die Öffentlichkeit schliesslich diskutieren über die Sozialhilfe und präsentieren armutsbetroffene Menschen in einem mehr oder weniger positiven und differenzierten Licht.

Studie mit partizipativem Ansatz

Führt man sich all diese Beteiligten vor Augen, stellt sich die Frage: Welchen Part übernehmen dabei die betroffenen Personen selbst? Reden und beschliessen sie mit, wenn es um Angelegenheiten oder Entscheidungen geht, die ihr eigenes Leben betreffen? Wenn ja: in welcher Art und Weise? Oder anders gefragt: Welche Möglichkeiten gibt es für betroffene Menschen in der Schweiz und in anderen Ländern, an Massnahmen der Armutsprävention oder -bekämpfung zu partizipieren? Weshalb sind solche Möglichkeiten wichtig, und was braucht es für deren Umsetzung?

Diesen Fragen ging eine Studie nach, welche die BFH zusammen mit den Fachhochschulen Westschweiz Fribourg (HES-SO/FR) und Westschweiz Genf (HES-SO/GE) im Auftrag des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV) realisiert hat. Die Umsetzung der Studie basierte primär auf einer breit angelegten Recherche und Analyse von Erfahrungsberichten, Webseiten, Studien und Evaluationen zu rund hundert partizipativen Projekten in der Schweiz und im Ausland. Dabei wurde das Forschungsprojekt selbst zu einem Partizipationsprojekt: Zwei armutsbetroffene Personen beteiligten sich

darin als Mitglieder der Begleitgruppe. Eine davon war Gabriela Feldhaus.

«Man verliert die Sprache, wenn man armutsbetroffen ist»

Gabriela Feldhaus und andere armutsbetroffene Menschen kennen es aus eigener Erfahrung: Armut hat viele Gesichter und betrifft nicht nur die materielle und finanzielle Dimension. Unter anderem müssen die betroffenen Personen häufig auf soziale Kontakte verzichten, machen Ausgrenzungserfahrungen durch Stigmatisierung und haben das Gefühl, in der Gesellschaft kein Gehör zu finden und nicht nützlich zu sein. Davon berichtet auch Gabriela Feldhaus in einem Gespräch, das die Autorinnen des Artikels nach Projektabschluss mit ihr geführt haben.

Sie sei häufig mit Vorurteilen und Ablehnung konfrontiert – auf der Strasse oder in den Medien. Vielfach werde ihr und anderen Betroffenen nicht zugehört. So auch auf Ämtern, wo teilweise das Verständnis für ihre Lebenssituation fehle und Massnahmen angeordnet würden, die sich im Alltag nicht bewährten. Oft würden ihre Vorschläge, deren Umsetzung sich langfristig für sie persönlich wie auch finanziell für die Sozialhilfe lohnen würden (etwa in den Bereichen Gesundheit und Beschäftigung), nicht gehört. Dadurch verliere man nach und nach die Sprache und das Selbstwertgefühl, fände die richtigen Worte nicht mehr, werde müde, stumpfe ab.

Diese Erfahrungen verweisen auf einen Mangel an Verwirklichungschancen, welcher gemäss Capability-Ansatz kennzeichnend ist für eine Armutssituation (vgl. Sen, 2000). Verwirklichungschancen gründen auf Menschen- und dabei insbesondere auf Freiheitsrechten und beinhalten «Möglichkeiten oder umfassende Fähigkeiten (*Capabilities*) von Menschen, ein Leben zu führen, für das sie sich erstens frei und mit guten Gründen ▶



Claudia Schuwey (unten rechts) und Emanuela Chiapparini (links) im Online-Gespräch mit Gabriela Feldhaus



- entscheiden konnten und welches zweitens die Grundlagen der Selbstachtung nicht in Frage stellt» (Sen, 2000, S. 29).

Fachkräfte können Verwirklichungschancen unter anderem dadurch fördern, dass sie die betroffenen Menschen nicht als Objekte von Massnahmen betrachten, sondern als Subjekte mit rationalen Überlegungen und Absichten, die ein Recht haben, die Praxis und Politik im Bereich der Armutsbekämpfung mitzugestalten.

Anknüpfungspunkte für Politik und Praxis

Solche Möglichkeiten der Mitgestaltung bestehen in den analysierten Partizipationsprojekten und -massnahmen in insgesamt sechs Handlungs- und Politikbereichen, auf welchen die folgenden sechs Partizipationsmodelle gründen:

- **(Weiter-)Entwicklung von Strukturen und Prozessen von öffentlichen und privaten Dienstleistungsorganisationen (Modell 1):** In der Schweiz richteten zum Beispiel einzelne Sozialdienste befristete Gremien ein, in denen Sozialhilfebeziehende Vorschläge zur Weiterentwicklung der Dienstleistungen einbringen können. In Frankreich, wo die Partizipation von Sozialhilfebeziehenden gesetzlich vorgeschrieben ist, wurden in verschiedenen Regionen ähnliche, teilweise permanente Gremien eingerichtet (CNLE, 2017).
- **Aus- oder Weiterbildung von Fachpersonen im Bereich der Sozialen Arbeit (Modell 2):** Armutsbetroffene Personen arbeiten an der Entwicklung von Lehrplänen mit und beteiligen sich an der Lehre und an der Forschung. An der Hochschule für Soziale Arbeit in Fribourg wurden mehrere Sozialhilfebeziehende für eine befristete Zeit in einem Ausbildungskurs eingesetzt, um den Studierenden ihr Erfahrungswissen weiterzugeben. Verschiedene Hochschulen und Netzwerke in anderen europäischen Ländern verfügen über permanente Strukturen, um den Einbezug von betroffenen Personen zu gewährleisten.
- **(Weiter-)Entwicklung von politischen und rechtlichen Grundlagen (Modell 3):** Staatliche Entscheidungsträgerinnen und -träger verschiedener Länder richteten Gremien ein, in denen sich armutsbetroffene Menschen daran beteiligen, politische und rechtliche Grundlagen im Bereich der Armutsbekämpfung zu erarbeiten oder zu optimieren (zum Beispiel Gesetzesartikel, Armutsberichte oder politische Strategien). Die Regierungen in Québec (Kanada) und in Frankreich setzten zum Beispiel auf regionaler respektive auf nationaler Ebene ein permanentes Komitee ein, in dem armutsbetroffene Menschen zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern anderer Interessengruppen Anliegen und Vorschläge in Bezug auf die Armutsstrategie der Regierung einbringen können (CCLP, 2019; CNLE, 2017).

Weitere Handlungs- oder Politikfelder sind der **öffentliche und politische Diskurs (Modell 4)**, an dem betroffene Personen zum Beispiel mittels Stellungnahmen oder Beiträgen an Konferenzen partizipieren, **gemeinschaftliche Selbsthilfestrukturen zur Bekämpfung**

von Armut (Modell 5) sowie die gemeinsame **Erarbeitung von (konzeptionellen oder persönlichen) Grundlagen der Partizipation durch Fachkräfte und betroffene Personen (Modell 6)**. Zu diesen Grundlagen gehört beispielsweise eine Charta mit Grundsätzen, an die sich alle Beteiligten während Partizipationsprozessen zu halten haben.

«Armutsbetroffene in die Ausbildung von Sozialarbeitenden einbeziehen»

Gabriela Feldhaus erachtet grundsätzlich alle Modelle als wichtig und hofft, dass diese durch die Studie vermehrt umgesetzt werden. Besonders relevant sei die Beteiligung von betroffenen Personen an der Ausbildung von Sozialarbeitenden, da ihrer Erfahrung nach Theorie und Praxis oft auseinanderklaffen. Armutsbetroffene sollten angehenden Sozialarbeitenden auf direkte Weise vermitteln, wie ihre Lebensumstände sind und welche Massnahmen (nicht) funktionierten, um Missverständnisse verhindern zu können.

Zentral sei, auch gegen Vorurteile vorzugehen – zum Beispiel indem sich betroffene Personen an Konferenzen oder in Primar- und Sekundarschulen engagieren. Sie selbst habe schon in Schulen über ihre Lebenssituation gesprochen. Dies helfe auch präventiv gegen Mobbing von Kindern oder Jugendlichen, die nicht «mit der neuesten Mode herumlaufen» oder nicht ins Kino gehen können, und zeige diesen, wie rasch eine Person in eine Armutssituation geraten kann.

Positive Wirkungen

Die Erfahrungen aus der Praxis weisen auf vielfältige weitere positive Wirkungen hin, welche mit der Umsetzung der Partizipationsmodelle verbunden sein können: Der soziale Zusammenhalt kann gestärkt und die Legitimität der öffentlichen Politik erhöht werden, wenn Personen, die bisher kaum an demokratischen oder gesellschaftlichen Prozessen beteiligt waren, einbezogen werden. Ausserdem sind Fachorganisationen, Behörden und Politik besser in der Lage, Dysfunktionalitäten in Strukturen und Prozessen zu erkennen. Sie können Entscheide fällen, die auf umfassenden Informationen verschiedener Personengruppen basieren und dadurch wirksamere Grundlagen, Praktiken und Instrumente entwickeln.

Nicht zuletzt erkennen die betroffenen Personen selbst Handlungsspielräume, in denen sie ihre Kompetenzen und Potenziale aktivieren und nutzen können. So berichtet Gabriela Feldhaus im Gespräch, sie habe in der Begleitgruppe gespürt, dass sie [die teilnehmenden betroffenen Personen] akzeptiert worden seien, «zum Beispiel, wenn wir sagten, ihr müsst eine einfache Sprache nehmen, sonst versteht es niemand». Und: «Wir hatten in dieser Gruppe das Gefühl, dass wir ernst genommen wurden – man hörte uns zu. Und das hat viel gebracht.»

Die armutsbetroffenen Personen seien bei diesem Thema die Expertinnen und Experten. Die Fachleute sähen vieles nicht, weil sie nicht denselben Alltag erlebten und viele der Probleme, die mit Armut verbunden seien, nicht direkt sichtbar seien. Für armutsbetroffene Menschen sei es wichtig zu erleben, dass auch sie

etwas können, dass sie Wissen haben, nicht dumm und faul sind, wie viele glauben würden, sondern in der Gesellschaft etwas Nützliches und Aufbauendes leisten können.

Voraussetzungen für gelingende Partizipationsprojekte

Allerdings können solche und weitere Wirkungen nicht in jedem Fall oder nicht immer direkt erzielt werden, wie Erfahrungen mit Partizipationsprojekten zeigen. Je nach Kontext ist es einfacher, Partizipationsprojekte umzusetzen – etwa dann, wenn diese in eine breite politisch-administrative Strategie eingebettet sind (INET, 2016) und es bereits (gesetzlich verankerte) partizipative Strukturen gibt.

Die Verantwortlichen der Partizipationsprojekte müssen häufig auch verschiedene Stolpersteine aus dem Weg räumen und gewisse Voraussetzungen schaffen, damit der partizipative Prozess gelingt. Dies geschieht primär durch eine sorgfältige Planung. Dabei definieren die Verantwortlichen konkrete, erreichbare Ziele und legen die jeweiligen Rollen und Befugnisse fest.

Für Gabriela Feldhaus sind dies wichtige Faktoren – unter anderem deshalb, weil die Meinung vorherrschen könne, dass es dann, wenn «Betroffene noch mitmischen, gar kein Resultat mehr gibt», oder dass «Betroffene plötzlich eine zu starke Stimme erhalten». Der Prozess müsse gut organisiert sein, so dass jede Person wisse, was sie zu tun habe und wo die Grenzen seien.

Selbstreflexives Verhalten von Fachpersonen

Zentrales Erfordernis im gesamten Prozess ist die **Begnung auf Augenhöhe** – ein Schlagwort in der heutigen Zeit, welches sich viele Fachorganisationen auf die Fahne geschrieben haben. Es kann über Herausforderungen hinwegtäuschen, die mit den strukturellen Ungleichheiten zwischen den Beteiligten verbunden sein können. Fachpersonen müssen daher offen dafür sein, ihre eigene Position und ihr Vorgehen zu überdenken und gegebenenfalls eine Beteiligung an einer Stigmatisierung zu erkennen. Sie verdeutlichen damit, dass sie Partizipation nicht als Alibiübung verstehen, sondern Menschen in Armutssituationen – ihre Sichtweisen und Erfahrungen – ernst nehmen und bereit sind, sich Fehler einzugestehen und daraus zu lernen.

«Manche trauen Armutsbetroffenen zu wenig zu»

Je nach Art des Partizipationsprozesses müssen auch die betroffenen Menschen selbst gewisse Voraussetzungen mitbringen. Gabriela Feldhaus hat schon an einigen Partizipationsprozessen teilgenommen. Sie stärkte dabei ihr Selbstbewusstsein und eignete sich Auftrittskom-

Weitere nützliche Hinweise zu den relevanten Vorgehensschritten in der Planung und Umsetzung von Partizipationsprojekten finden Sie im Forschungsbericht (bei Interesse wenden Sie sich bitte an die Autorinnen).

Save the date: 4. Februar 2021

Die Forschungsergebnisse werden an der Tagung der Nationalen Plattform gegen Armut in Freiburg diskutiert. Sie findet am 4. Februar 2021 statt und ist dem Thema «Einbezug und Beteiligung armutsbetroffener Menschen» gewidmet.

petenzen an. Kommunikationsfähigkeiten seien ebenfalls wichtig. Man dürfe keine «utopischen Forderungen» stellen, sondern müsse «sachlich und vernünftig Fakten benennen».

Sehr hilfreich war für sie, dass sie sich jeweils in einer kleinen Gruppe auf die Begleitgruppensitzungen vorbereiten konnte (vgl. auch Modell 6 oben). Wichtig sei auch die Unterstützung, die sie als Mitglied der Bewegung ATD Vierte Welt von nichtbetroffenen Personen erhalte. Diese würden ihr «etwas zutrauen» und sie zur Partizipation ermutigen.

Gabriela Feldhaus hat die Erfahrung gemacht, dass einzelne Institutionen, die armutsbetroffene Menschen unterstützen, diesen zu wenig zutrauen – zum Beispiel einen Treff selbst zu leiten. Andere Institutionen hingegen waren offen für solche Vorhaben. Sie selbst habe erlebt, dass Menschen mit Armutserfahrungen durchaus fähig seien, die Leitung eines Treffs zu übernehmen. Es gebe dabei zwar herausfordernde Situationen – diese gebe es aber in jedem Projekt.

Auf die Frage, was sie anderen Personen raten würde, die noch keine Erfahrungen mit Partizipationsprozessen haben, meinte sie: «Wenn Ihr die Chance bekommt, dann nehmt teil, auch wenn Ihr zuerst das Gefühl habt, was kann ich schon beitragen ... Nutzt einfach die Chance, probiert aus – verlieren könnt Ihr dabei nichts, gewinnen aber viel.» ■

Dieser Artikel basiert auf der folgenden Studie:

Chiapparini, E.; Schuwey, C.; Beyeler, M.; Reynaud, C.; Guerry, S.; Blanchet, N. & Lucas, B. (2020a). Modelle der Partizipation armutsbetroffener und -gefährdeter Personen in der Armutsbekämpfung und -prävention: Schlussbericht. Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV).

Literatur:

- Comité consultatif de lutte contre la pauvreté et l'exclusion sociale (CLPP). (2019). *Rapport d'activité 2018–2019*. Abgerufen von cclp.gouv.qc.ca/publications/index.asp?categorie=1500208#liste (Stand: 01.06.2020)
- Conseil national des politiques de lutte contre la pauvreté et l'exclusion sociale (CNLE). (2017). *Participation des personnes en situation de précarité au sein du CNLE*. Abgerufen von cnle.gouv.fr/participation-des-personnes-en.html (Stand: 18.03.2020)
- Institut national des études territoriales (INET). (2016). *La participation des usagers dans les politiques sociales*. Abgerufen von inet.cnfpt.fr/sites/default/files/inet_rapport_administrateurs_territoriaux.pdf (Stand: 19.11.2019)
- Sen, A. (2000). *Ökonomie für den Menschen. Wege zur Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*. München, Wien: Carl Hanser Verlag.

Aktuelles

Veranstaltungen

Verzicht und Entbehrung bei Gesundheitsleistungen

Zahlreiche Studien zeigen, dass es auch in der Schweiz soziale Ungleichheiten in der Gesundheit gibt. Die 4. Nationale Tagung Gesundheit & Armut (aufgrund der Covid-19-Pandemie verschoben auf 21. Januar 2021) widmet sich dem Thema «Verzicht und Entbehrung: Wenn Armutsbetroffene Gesundheitsleistungen nicht in Anspruch nehmen». Dabei orientiert sie sich an Fragestellungen aus sozialetischer, ökonomischer und politischer Perspektive und integriert nicht zuletzt die Sicht von Betroffenen. Mit Referaten kommen Fachpersonen aus den Bereichen Sozialwesen, Gesundheit, Wirtschaft und Politik sowie Armutsbetroffene zu Wort. Die Tagung beabsichtigt über die Analyse wissenschaftlicher Fakten hinaus mögliche Handlungsoptionen aufzuzeigen und im Dialog von Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Politik und Praxis Lösungsansätze zu entwickeln, damit gerade armutsbetroffene Personen als besonders vulnerable Bevölkerungsgruppe den Weg zu Gesundheitsleistungen (wieder)finden.



Mehr Informationen zur Tagung:
bfh.ch/soziale-arbeit/gesundheit

Für eine inklusive Digitalisierung: Workshop



Durch die Digitalisierung entstehen neue Herausforderungen und Chancen. Damit die Potenziale des technologischen Wandels von möglichst allen Bevölkerungsschichten genutzt werden können, ist es wichtig, dass Möglichkeiten auch von gemeinnützigen und sozialen Organisationen bearbeitet werden. Häufig stellt sich aber die Herausforderung, dass Fachpersonen des Sozialwesens zu wenig mit den technischen Möglichkeiten vertraut sind, während die Treiber des technologischen Wandels die Anliegen des Sozialwesens nicht kennen. Diesbezüglich schlägt der Innovationsworkshop «Hack4SocialGood» (aufgrund der Covid-19-Pandemie verschoben auf 11./12. Dezember 2020) eine Brücke. Während eines zweitägigen Hackathons können Innovatorinnen und Innovatoren der Sozialen Arbeit sowie aus dem Technologiebereich ihre Skills an kniffligen Aufgaben testen. Partnerorganisationen stellen Challenges, die von den interdisziplinären Teams gelöst werden sollen. Die beste Challenge-Lösung gewinnt einen Preis.

Mehr Informationen zum Workshop:
bfh.ch/hack4socialgood

BEGIN: Mentoring zu beruflicher und gesellschaftlicher Integration



Prof. Dr. Jonathan Bennett
Leiter Institut Alter
jonathan.bennett@bfh.ch

Das Mentoringprogramm BEGIN fördert den Austausch sozialer und kultureller Kompetenzen zwischen Personen mit Migrationshintergrund und älteren Schweizerinnen und Schweizern. Dadurch unterstützt BEGIN die berufliche Integration von Migrantinnen und Migranten in die von Fachkräftemangel betroffene Langzeitpflege und leistet einen Beitrag zum aktiven Altern.

In einer alternden Gesellschaft ist die Versorgung älterer Menschen mit professionellen Gesundheitsleistungen eine Herausforderung. Gerade im Bereich der Langzeitpflege weisen die Szenarien des Gesundheitsobservatoriums einen grossen personellen Mehrbedarf aus. Zu den potenziellen Arbeitskräften zählen hier auch Personen, die im Erwachsenenalter in die Schweiz immigriert sind, ohne das hiesige Bildungssystem durchlaufen zu haben. Ihre Bildungsabschlüsse werden vielfach nicht anerkannt und sie suchen nach Zugängen in den ersten Arbeitsmarkt.

Aufgrund des Personalbedarfs besteht ein gesellschaftliches Interesse an Ansätzen, die Migrierten den Zugang zu professionellen Pflegeberufen und den dafür notwendigen Qualifikationen erleichtern. Doch der Einstieg in den Pflegeberuf kann sich für Migrantinnen und Migranten aus verschiedenen Gründen anspruchsvoll gestalten. Gerade in der Langzeitpflege, welche intensive Interaktionen mit einer oft hochaltrigen, fragilen Klientel voraussetzt, sind etwa mangelnde Sprachkenntnisse eine Hürde. Sie erschweren es Migrantinnen und Migranten, ihre vorhandenen sozialen und fachlichen Kompetenzen optimal einzusetzen. Gleichzeitig entgehen ihnen wichtige Informationen zu kulturell geprägten Normen, Werten und Gebräuchen, was eine soziokulturelle Hürde darstellt, sowohl im Umgang mit dem Arbeitgeber als auch mit den Mitarbeitenden.

Ältere Personen begleiten beim Berufseinstieg

Das von der BFH mitentwickelte Mentoringprogramm BEGIN zielt darauf ab, Mentees wie auch Mentorinnen und Mentoren wichtige Lernerfahrungen und Möglichkeiten der Weiterentwicklung anzubieten. Einerseits werden Migrantinnen und Migranten der ersten Generation während des Lehrgangs des Schweizerischen Roten Kreuzes (Pflegehelfer/-in SRK) in ihrem kulturellen und beruflichen Integrationsprozess unterstützt. Andererseits bietet BEGIN älteren Schweizerinnen und Schweizern im Pensionsalter eine interessante Möglichkeit der



Interkultureller und -generationeller Austausch auf Augenhöhe

gesellschaftlichen Teilhabe und des interkulturellen Lernens.

Bei BEGIN werden Mentorinnen und Mentoren eingesetzt, die sich in der nachberuflichen Lebensphase befinden. Das Interesse an Aktivitäten, die älteren Erwachsenen ein zivilgesellschaftliches Engagement ermöglichen, hat in den letzten rund 15 Jahren deutlich zugenommen. Dies ist in erster Linie auf die demografische Entwicklung zurückzuführen, denn mit den Baby-Boomern hat das Angebot an gut qualifizierten, leistungsfähigen älteren Menschen stark zugenommen. Gerade in zivilgesellschaftlichen Themenbereichen bietet sich der Rückgriff auf deren Ressourcen an. Den älteren Menschen ermöglicht dies eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft sowie die Übernahme vielfältiger Rollen, was dem Paradigma des Active Ageing entspricht.

Empirisch abgestützte Lernziele

Kennzeichnend für BEGIN ist die empirische Herleitung von Lernzielen und Themenfeldern. Um die Praxis- ▶

- Relevanz des Programms sicherzustellen wurden Erfahrungen aus bestehenden Mentoringprogrammen genutzt. Dazu wurden sechs Interviews mit Expertinnen und Experten aus dem Bereich interkulturelles und intergenerationelles Mentoring in der Schweiz geführt, um Aspekte guter Praxis zu identifizieren und diese in der Entwicklung von BEGIN zu berücksichtigen. Darüber hinaus wurden in 14 Interviews mit Fachpersonen der stationären und ambulanten Pflege die Erfahrungen mit angehenden Pflegehelferinnen und -helfern gesammelt sowie ausgebildete Pflegehelferinnen und Pflegehelfer mit Migrationshintergrund direkt befragt.

Die Auswertungen dieser Interviews legten die Basis der inhaltlichen Ausgestaltung des Programms. Dabei wurden folgende sechs Hauptkategorien identifiziert, welche im Mentoringprogramm BEGIN bearbeitet werden sollten: 1) Verständnis der deutschen Sprache, 2) interkulturelles Verständnis, 3) das Erkennen der eigenen Ressourcen, 4) Generationenbeziehungen in der Schweiz und im Herkunftsland, 5) Umgang mit Ablehnung, 6) das Erreichen eines Gleichgewichts zwischen beruflichem Engagement und Abgrenzung.

Arbeitsmaterialien unterstützen die Mentoringtreffen

Diese sechs empirisch ermittelten Themenfelder und Lernziele strukturieren das gesamte Mentoringprogramm und die dafür entwickelten Arbeitsmaterialien. Da es sich bei der Zielgruppe der Mentees grösstenteils um Personen mit vergleichsweise geringer Erfahrung im Schweizer Bildungssystem handelt, sollten die Arbeitsmaterialien kurze Bearbeitungszeiten erfordern, in einfacher Sprache verfasst sein und von den Mentorinnen, Mentoren und Mentees als anregend erlebt werden.

Ein 40-seitiges Arbeitsheft gibt Erläuterungen zu den Themenfeldern und Lernzielen, Ideen für Gespräche und Rollenspiele, bietet Raum für Notizen und die Möglichkeit, ein Glossar mit deutschen Begriffen und lokalen Redewendungen anzulegen. Darüber hinaus werden zu verschiedenen Themen Bildtafeln angeboten. Zudem wurden von der Fachhochschule Graubünden für BEGIN zehn Kurzfilme produziert und den Tandems auf einer Web-Plattform zur Verfügung gestellt. In diesen wurden Szenen nachgestellt, die sich aus den Interviews mit den Pflegefachkräften ergeben hatten.

Pilotdurchführung und Evaluation

Der Zeitraum des Programms war in der Pilotdurchführung auf drei Monate beschränkt, so dass es innerhalb des sechsmonatigen Lehrgangs zur Pflegehelferin oder zum Pflegehelfer SRK abgeschlossen werden konnte. Es wurden 14-tägliche Treffen empfohlen, doch konnte dieser Rhythmus an die individuellen Bedürfnisse und Möglichkeiten angepasst werden. Insgesamt nahmen zwölf Tandems am Programm teil, davon sieben im SRK Kantonalverband Luzern und fünf im Kantonalverband Bern. Die Mentees stammten aus Äthiopien, Eritrea, Kenia, Spanien, Kroatien, Polen, Sri Lanka, Sudan, Thailand, Tibet und Uganda. Sie wohnten zum Zeitpunkt der Teilnahme zwischen einem und dreizehn Jahre in der Schweiz und waren zwischen 29 und 47 Jahre alt.

Neun Mentees waren Frauen und drei waren Männer. Alle Mentorinnen waren weiblich und zwischen 62 und 74 Jahre alt.

Sowohl während der Pilotdurchführung als auch nach deren Abschluss erfolgte eine Evaluation, um die Rahmenbedingungen und Arbeitsmaterialien des Programms zu optimieren und die Bedürfnisse und Erwartungen der Teilnehmenden bestmöglich zu erfüllen. Die Mentees berichten von Fortschritten in allen sechs Lernzielen, die von den Mentorinnen auch bestätigt werden. Die grosse Mehrheit der Mentorinnen geben an, dass sie vom Dialog über die Lernziele persönlich profitieren und auch ihre kulturellen, sozialen und beruflichen Ressourcen nutzbringend einsetzen konnten. Die Gewinnung von Mentees erwies sich allerdings als schwierig. Sie sind oft Mehrfachbelastungen ausgesetzt und verfügen über wenig zeitliche Ressourcen.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Zu den Stärken von BEGIN zählt die empirische Herleitung der Programminhalte, was zu einer äusserst positiven Resonanz bei den Teilnehmenden führte. Von einer breiten Implementierung würden sowohl angehende Pflegehelferinnen und Pflegehelfer mit Migrationshintergrund als auch die Langzeitpflege und deren Klientinnen und Klienten profitieren. Die Rolle als Mentorin oder Mentor bietet älteren Menschen interessante Möglichkeiten der Generativität – das heisst der generationenübergreifenden Übernahme von Verantwortung. Direkt zugunsten der erwerbstätigen Generation und indirekt zugunsten älterer Menschen in der Langzeitpflege.

Das Forschungsteam hat dem Praxispartner SRK die überarbeiteten Arbeitsmaterialien überreicht. Diese stehen den Kantonalverbänden zur Verfügung, unterdessen haben einige bereits Interesse angemeldet. Da BEGIN keine spezifischen fachlichen Anforderungen an die Mentorinnen und Mentoren stellt, bietet es sich auch für den Transfer in andere Branchen an, die einen erleichterten Berufseinstieg für Migrierte anstreben. ■

Der Artikel basiert auf dem folgenden Bericht:

Bennett, J.; Schwarz, B.; Härrli, C. & Métrailler, M. (2020). Berufliche und gesellschaftliche Integration von Migrant*innen durch intergenerationelles Mentoring (BEGIN). Schlussbericht zuhanden der Gebert Rüt Stiftung. Bern, Zürich, Chur: Berner Fachhochschule, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Fachhochschule Graubünden.

Literatur:

- Bennett, Jonathan & Maurer, Michaela. (2020). Begegnung und Austausch für den erfolgreichen Berufseinstieg. In Knoten & Maschen, BFH-Blog zur Sozialen Sicherheit, knoten-maschen.ch

Partner:

- Gebert Rüt Stiftung
- Schweizerisches Rotes Kreuz SRK
- Departement Angewandte Psychologie, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW)
- Fachhochschule Graubünden, Institut für Multimedia Production

Ohne Partizipation keine Altersplanung



Prof. Dr. Claudia Michel
Dozentin
claudia.michel@bfh.ch

Seit Jahrzehnten wird gefordert, die ältere Bevölkerung in die kommunale Altersplanung einzubeziehen. Dieser Anspruch ist hoch und ihn umfassend einzulösen, ist nicht einfach. Ein Projekt des Instituts Alter befasst sich mit der partizipativen Altersplanung am Lebensende und wie sie in der Stadt Bern und in der Region Frutigland ausgestaltet werden kann.



Worin gutes Altern besteht, ist eine Frage, die mit der wachsenden älteren Bevölkerung nicht einfacher zu beantworten ist. Die Zahl der älteren Menschen nimmt nicht nur zu, die Bedürfnisse vervielfältigen sich auch. Die Alterspolitik und die Altersplanung stehen dadurch vor neuen Herausforderungen. Vor bald zwanzig Jahren verfassten Bund und Kantone Grundsätze und Richtlinien für die Alterspolitik. Im Wesentlichen sind jedoch die Gemeinden für das Thema Alter zuständig.

Von einfacher zu integrierter Altersplanung

In vielen Gemeinden bestand die Altersplanung bis vor kurzem darin, für genügend Pflegebetten in Alters- und Pflegeheimen zu sorgen. Für eine gute Altersplanung ist es unabdingbar, die Bedürfnisse derjenigen Menschen sicherzustellen, die nicht mehr allein zuhause leben können und auf einen Platz im Heim angewiesen sind. Und um den Zugang dazu zu gewährleisten braucht es entsprechend Ressourcen.

Die Bedürfnisse der älteren Menschen haben sich jedoch geändert. So wünschen sich heutzutage rund drei Viertel der Bevölkerung, den Lebensabend nicht im Altersheim zu verbringen, sondern bis zuletzt zuhause zu bleiben (Stettler, Bischof & Bannwart, 2018). Der Eintritt ins Altersheim erfolgt immer später und die dort verbrachte Zeit wird kürzer. Um das Leben in den eigenen vier Wänden zu verlängern, braucht es in den Gemeinden eine Vielzahl von Massnahmen: von Spitex und weiteren Gesundheitsdienstleistungen über Beratungsstellen bis hin zu formellen und informellen Hilfsnetzwerken mit Freiwilligendiensten und Nachbarschaftshilfen. Aber auch andere Politikbereiche wie das Wohnungswesen, die Siedlungsentwicklung oder der öffentliche Verkehr sind davon betroffen.

Eine Altersplanung, welche die vielfältigen Bedürfnisse hochaltriger Menschen aufgreift, versteht Alterspolitik als sektorenübergreifendes Querschnittsthema. In einem integrativen Planungsansatz gilt es, die verschie-



Oft sorgen Angehörige dafür, dass ältere Menschen zuhause bleiben können.

- denen Politikbereiche für Altersthemen zu sensibilisieren und zugunsten älterer Menschen zu koordinieren. Neben der Gewährleistung der Pflege gehört die Weiterentwicklung und Diversifizierung von Unterstützungsangeboten ebenso dazu wie die Förderung der gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabe älterer Menschen (StremLOW, Da Rui, Müller, Riedweg & Schnyder, 2018).

Die Jahrzehnte alte Empfehlung, Altersplanung nicht für, sondern mit der älteren Bevölkerung zu betreiben, ist angesichts des wachsenden Auftrags angebracht denn je. Der bereits im Jahr 1995 von der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern geforderte Einbezug reicht von einfachen Anhörungen der älteren Anspruchsgruppen bis hin zu aufwändigen Mitwirkungs- und Entscheidungsverfahren über sämtliche Planungsphasen. Ein anerkanntes Modell von Maria Lüttringhaus bezeichnet vier Stufen der Partizipation (Lüttringhaus, zitiert nach Stade, 2019). Die einfachste Stufe beinhaltet, dass ältere Menschen über Altersplanungsprozesse informiert werden. Darauf aufbauend gehört zur zweiten Stufe, dass die ältere Bevölkerung an der Altersplanung mitwirkt und zur dritten Stufe, dass sie mitentscheidet. Altersplanung auf der vierten und anspruchsvollsten Partizipationsstufe bedeutet, dass Ältere selbstverwaltend die Altersplanung an die Hand nehmen und von Fachpersonen höchstens begleitend unterstützt werden. Eine Altersplanung kann unterschiedliche Partizipationsstufen beinhalten, wichtig ist jedoch, diese transparent zu machen.

Lebensende in der Gemeinde

Unter dem Titel «Compassionate Cities der Berner Bevölkerung» bietet das Institut Alter über die kommenden drei Jahre eine alterspolitische Plattform an, die alle Stufen der Partizipation enthält. Das Projekt ist eine Antwort auf das weit verbreitete Bedürfnis, bis zum Lebensende zuhause zu bleiben. Dieses gibt Gemeinden die Möglichkeit, Dienstleistungsangebote für den Verbleib zuhause zu etablieren, und es eröffnet Räume, um die breite Bevölkerung in die Unterstützung am Lebensende einzubinden. Denn am Lebensende brauchen Menschen nicht nur eine gute Gesundheits- und Sozialversorgung, sondern eine Gemeinschaft, die sie trägt. Dafür müssen Gemeinden formelle sowie informelle Unterstützungsnetzwerke fördern.

Am von der Gesundheitsförderung Schweiz finanzierten und vom Kanton Bern mitgetragenen Projekt betei-

ligen sich die Stadt Bern und die Gemeinden der Region Frutigland mit bereits bestehenden Gremien. Der Arbeitsgemeinschaft Lebensende der Stadt Bern gehören unter anderem spezialisierte Organisationen der Palliative Care, die Landeskirchen und das Kompetenzzentrum Alter an. Die Alterskonferenz Frutigland vereint Exekutivpolitikerinnen und -politiker, Alters- und Pflegeheime, Spitex, den regionalen Sozialdienst, Kirchgemeinden, Beratungsstellen sowie den Rat der Seniorinnen und Senioren.

Die Ausgangslage für ein Lebensende zuhause ist in der Stadt und auf dem Land nicht dieselbe, das wird bereits an der Zusammensetzung der beteiligten Gremien deutlich. Die hohe Versorgungsdichte in der Stadt Bern führt dazu, dass auf das Lebensende spezialisierte Organisationen zusammenkommen. In der ländlich-peripheren Region des Frutiglands versammeln sich dagegen alle Akteurinnen und Akteure der Altersarbeit. In Bern wurden bereits erste Schritte in Richtung einer Compassionate City unternommen. Für das Frutigland ist das Thema neu. Es kann jedoch auf die bestehende Vernetzung zwischen Politik, medizinisch-sozialen und kirchlichen Einrichtungen sowie Freiwilligenarbeit zurückgreifen, was für eine Compassionate City entscheidend ist. Dass ältere Menschen bis zuletzt zuhause bleiben können und was es am Ende dazu braucht, hängt aber entscheidend von den jeweiligen Angehörigen ab.

Mitwirkung und Sensibilisierung in der Gemeinschaft

Das Projekt möchte nun das Erfahrungswissen dieser Angehörigen im Umgang mit dem Lebensende sichtbar und nutzbar machen. Ein Schwerpunkt des Projekts liegt bei der Sensibilisierung, wo unter anderem öffentliche Veranstaltungen, ein Kurs zu gesundheitlicher Vorausplanung und ein Dokumentarfilm vorgesehen sind, die Einblicke zum Lebensende zuhause vermitteln.

Um eine Compassionate City zu etablieren, braucht es aber auch die Unterstützung der Bevölkerung. Das Projekt sieht daher auf allen Ebenen Mitwirkungsmöglichkeiten vor. Beispielsweise können Freiwillige den Kurs zu gesundheitlicher Vorausplanung mitentwickeln, testen und evaluieren. Aber auch eigene Ideen sind willkommen. Wer sich fürs Lebensende oder partizipative Altersplanung interessiert und als Gemeinde, Behörde oder Freiwillige mitwirken möchte, soll sich gerne melden. Erst in der Vielzahl der Stimmen kommen wir der Frage auf die Spur, worin heutzutage gutes Altern besteht. ■

Literatur:

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern. (1995). *Alterspolitik 2005. Planungsgrundlagen für Gemeinden*. Abgerufen von gef.be.ch
- Stade, P. (2019). Partizipation. In A. Willener & A. Friz (Hrsg.), *Integrale Projektmethodik* (S. 50–67). Luzern: interact Verlag.
- Stettler, P.; Bischof, S. & Bannwart, L. (2018). *Bevölkerungsbefragung Palliative Care 2017. Ergebnisse der Befragung 2017 und Vergleich zur Erhebung von 2009*. Abgerufen von bag.admin.ch/
- StremLOW, J.; Da Rui, G.; Müller, M.; Riedweg, W. & Schnyder, A. (Hrsg.). (2018). *Gestaltung kommunaler Alterspolitik in der Schweiz*. Luzern: interact Verlag für Soziales und Kulturelles.

Berner Fachhochschule

Soziale Arbeit
Hallerstrasse 10
3012 Bern

Telefon +41 31 848 36 00

soziale-arbeit@bfh.ch
bfh.ch/soziale-arbeit

Studium

- Bachelor und Master in Sozialer Arbeit

Weiterbildung

- Master, Diploma und Certificate of Advanced Studies
- Kurse
- Betriebsinterne Weiterbildungen

Dienstleistungen

- Evaluationen und Gutachten
- Entwicklung und Beratung
- Bildung und Schulung

Angewandte Forschung und Entwicklung

- Soziale Intervention
- Soziale Organisation
- Soziale Sicherheit
- Institut Alter